Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis pro Tag monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1047 Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1058 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Sonnabend, den 28. Januar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 24**

Der Reichstag und der Milliardensteuerraub

Berlin, 28. Januar.

Die Regierung Wirth hat gestern im Reichstag einen **außerordentlichen Erfolg errungen**, der ihr durch die Verräterei der Unabhängigen noch leicht gemacht wurde. Selbstverständlich stimmten für das Kompromiß in der Steuerfrage die Anhänger der großen Koalition von Stresemann bis Scheidemann. Daß aber auch die Deutschnationalen nicht gegen das Steuerkompromiß zu stimmen wagten, kann als ein Beweis für die Arbeiterfeindlichkeit dieser Regierung gelten. Die Unabhängigen bedurften ihrerseits auch keines Antrages des Mißtrauens gegen die Regierung. Als die Kommunisten das Mißtrauensvotum beantragten, wurden die Unabhängigen in größte Verlegenheit gesetzt. Der Abgeordnete Ledebour beantragte, die Abstimmung zu verschieben. Als ihm dies nicht gelang, und der kommunistische Mißtrauensantrag zur Abstimmung gebracht wurde,

blieben die Unabhängigen sitzen und stimmten somit für die Regierung Wirth,

die sich nunmehr auf eine Majorität von der Deutschen Volkspartei bis zur SPD. mit stillschweigender Unterstützung der Deutschnationalen und Unabhängigen berufen kann. Die Einheitsfront von Hergt bis Ledebour scheint hergestellt. Um so schärfer wird der Kampf sein, den die Kommunistische Partei gegen die arbeiterfeindliche Regierung und ihre direkten und indirekten Verwandten zu führen hat.

*

Reichstags-Sitzung vom 27. Januar 1922.

Präsident Löbe widmet der verstorbenen Abg. Frau Zietz (USP.) einen warmen Nachruf: Ihnen allen ist die schmerzliche Kunde zu Ohren gekommen, daß Frau Abg. Zietz, die gestern an der Stätte ihrer Arbeit in eine schwere Ohnmacht fiel, von hier auf ihr Totenlager getragen wurde. Ein Leben voll unermüdlicher, rastloser, zermürbender Arbeit ist erloschen. Frau Abg. Zietz war eine der ersten deutschen Frauen, die für die politische Gleichberechtigung ihres Geschlechtes gekämpft hat. Sie war eine der ersten Frauen, die in die deutschen Parlamente einzogen, und an dem Platze, den sie für die deutschen Frauen miterkämpft hat, ist sie tot hingesunken.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zwei kleine Anfragen. Abg. Koenen (Komm.) beschwert sich über die Beschlagnahme des „Pfaffenspiegels". Das Zollamt in Remscheid beschlagnahmte die aus der Tschechoslowakei bezogenen Bücher als unzüchtige Schriften. Ministerialdirektor Dr. Zahn erwidert, die Beschlagnahme sei auf Grund eines Kriegsbeschlusses erfolgt, der rechtlich nicht angefochten werden könne.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird nun fortgesetzt. Das Wort erhält der

Abg. Müller-Franken (SPD.): Der Reichskanzler hat sich gestern aufs neue zur Politik der Völkerverständigung bekannt. Graf Westarp von den Deutschnationalen sprach von „Allgemeinen Redensarten" des Kanzlers. Graf Westarp hat damit zugegeben, daß wahrhaft christliche Grundsätze ihm fremd sind. Wir wissen, daß die Politik der Deutschnationalen immer auf die Unterdrückung fremder Völker hinauslief. Das war so vor dem Krieg und während des Krieges. Sie haben ja auch schon einmal davon gehört, daß die Weltgeschichte das Weltgericht ist. Sie könnten einlesen, daß die Geschichte gegen sie entschieden hat. Die von uns befürwortete Politik hat dafür gesorgt, den deutschen Boden zu schützen. Die Deutschnationalen wollten es auf die Besetzung des Ruhrgebietes ankommen lassen. Wir haben uns bereit erklärt, alles zu tun, um das Ultimatum — nicht zu erfüllen — es ist ja unerfüllbar — aber um den Versuch der Erfüllung zu machen. Diesen Versuch haben wir gutgeheißen. Wir wollen wieder gutmachen, soweit das in unseren Kräften steht. Wir wollen auch den Wiederaufbau Nordfrankreichs. Wenn es bisher nicht dazu kam, so trifft die Schuld dafür die französische Regierung. Wir haben die Pflicht, alle unsere Kräfte anzuspannen. Nur diese Kraftanspannung schafft das Vertrauen in der Welt. Die Krankheit Europas ist ja bekannt: mangelnde Kaufkraft und Arbeitslosigkeit hier wie dort. Die Politik der Erfüllung hat nach Cannes geführt. Cannes war ein Erfolg. Das Thema der Reparationen wird nicht mehr von der Tagesordnung der europäischen Politik verschwinden. Und wenn in Frankreich der Versuch gemacht werden sollte, die Reparationsfrage von den anderen Fragen auf der Konferenz von Genua zu trennen, so würde damit die Krisis im Reparationsproblem nicht aus der Welt geschafft. Eine Etappe in dieser Krisis stellt der Schritt zur Ordnung des Staatshaushaltes in Deutschland dar. Gerade die breiten Massen leiden ja am meisten an der ewigen Verschleppung einer wirklichen Ordnung im Staatshaushalt. Wir müssen von uns aus alles tun, damit wir nicht zu österreichischen Zuständen kommen. Wir hoffen, daß das beschlossene Steuerkompromiß dazu beitragen wird. Bei den Besitzenden müssen die Steuern ebenso rasch und kräftig erfaßt werden (?!) wie bei den Gehalts- und Lohnempfängern. Notwendig ist auch, daß Ordnung in die Finanzen der Verkehrsanstalten hineinkommt. Der außerordentliche Haushalt freilich kann überhaupt nicht in Ordnung gebracht werden, ohne die Aufbringung ungeheurer neuer Steuersummen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Besitzenden Opfer bringen können und Opfer bringen müssen. (?) Wir geben zu, daß der deutsche Kapitalbesitz von Frankreich überschätzt wird. Aber: so niedrig, wie die deutschen Kapitalisten ihn einschätzen, ist er wirklich nicht. Die Landwirtschaft ist zur Beteiligung an der Zwangsanleihe durchaus imstande. Man verlangt Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise. Wer gibt denn den Arbeitern Weltmarktlöhne? Die Erbitterung in den Massen steigt. Jedenfalls haben gerade die Massen, deren Lebenshaltung von Tag zu Tag sich verschlechtert, ein großes Interesse an der Ordnung des Haushaltes. Diese ist eine Voraussetzung für die Schaffung einer stabilen Währung. Gerade weil nur durchgreifende Mittel helfen können und die Lage der Massen so schwer ist, haben die sozialistischen Parteien zusammen mit den Gewerkschaften die Erfassung der Sachwerte gefordert. Trotzdem wir es mit keiner rein sozialistischen Forderung zu tun haben, sind wir mit unserer Forderung nicht durchgedrungen. Noch nicht durchgedrungen. (!?) Wir sind überzeugt, daß die Entwicklung zwangsläufig zu unserem Weg führt. Einstweilen sind wir gezwungen, einen Ersatz für die Erfassung der Sachwerte in Kauf zu nehmen. Wer die Erfüllungspolitik will, der muß bedenken, daß der Versailler Vertrag für Deutschland Steuern verlangt von der gleichen Höhe, wie in den Ententeländern. Einen Sturz des Kabinetts Wirth gilt es, zu vermeiden; denn die Folgen hätten wieder die Arbeiter bezahlen müssen. Wir wollen die Kriegsverbrecher nicht schützen. Allein die Prozesse führen zu nichts. Fremde Richter erscheinen nicht als Richter, sondern als Rächer. Wir sind damit einverstanden, daß der Kanzler keine Offensive in der Schuldfrage eröffnen will. Wir begrüßen das, was der Kanzler über die Stellung Deutschlands gegenüber dem Wiederaufbau Rußlands sagte, daß Deutschland und Rußland in Genua als gleichberechtigte Teilnehmer auftreten. Wir setzen einige Hoffnungen auf Genua.

Abg. Marx (Ztr.): Die Politik Dr. Wirths war die allein richtige. Eine Einigung in der Steuerfrage war notwendig, um die notwendigen 100 Milliarden an Steuern aufzubringen. Am nächsten Sonntag treten die Vertreter der Landwirtschaft zusammen, um die Frage des Anteils der Landwirtschaft an der Steuerlast zu regeln. Man spricht von 20 Milliarden.

Abg. Dr. Breitscheid (USP.): Ein gewisser Erfolg ist in Cannes erzielt worden. Es ist gut, daß sich der Reichskanzler nicht, wie es der Graf Westarp wollte, auf eine Auseinandersetzung mit Poincaré über die Schuld am Kriege eingelassen hat. Die Schwenkung der englischen Politik ist eine Folge der Arbeitslosigkeit in England. Auch in Frankreich bahnt sich ein Umschwung trotz Poincaré an. Der nationale Block hat nicht mehr die Mehrheit hinter sich. Wir begrüßen, daß die deutsche Regierung trotz Poincaré die bisherige Politik weiterführen will. Nicht einverstanden dagegen sind wir mit der finanzpolitischen Fundamentierung der Erfüllungspolitik. Das Steuerkompromiß ist Dilettantismus und Unklarheit. Für den Krieg sind die Besitzenden verantwortlich. Vor dem Eingriff in die Substanz in die Arbeitskraft schreckte man zurück. Die Zwangsanleihe ist erkauft mit großen Zugeständnissen an die Besitzenden. Die Deckung reicht bei alledem nicht einmal für 1922. Alles in allem: Es ist nicht einmal ein halber Erfolg und dennoch sind die Sozialdemokraten auf die andere Seite hinübergegangen. Wir halten nach wie vor an dem Finanzprogramm der Gewerkschaften fest. Wirth hat eine Wendung nach rechts gemacht. Heute feiert die Sozialdemokratie Verlobung mit der Deutschen Volkspartei. Die Heirat kommt später.

Abg. Becker-Hessen (D. Vp.): Wir danken dem Reichskanzler, daß er für die sogenannten Kriegsverbrecher und für die Objektivität des Reichsgerichts eingetreten ist. Wir haben aber die Zurückweisung aller Angriffe von Poincaré vermißt. Es würde nichts schaden, wenn die Regierung Kriegsschuld-Propaganda triebe. In der Finanzfrage greift man uns hauptsächlich wegen der Zwangsanleihe an. Wir konnten von zwei Uebeln nur das kleinere wählen. Bei der Notopferverhandlung ist der deutschnationale Herr Hugenberg für eine Zwangsanleihe eingetreten. **Eine Zwangsanleihe ist auch nur eine Anleihe.** Auch die Zwangsanleihe wird die Inflation vermehren. Die Zwangsanleihe ist ein schweres Opfer. Doch soll man nicht schreiben, die deutsche Wirtschaft geht zu Bruch! Die Mittel der Zwangsanleihe dürfen nicht dazu verwandt werden, die Staatsbetriebe in Ordnung zu bringen.

Abg. Levi: Wir können nur hoffen, daß das Einvernehmen, zu dem jetzt die deutsche Regierung sich nach Osten hin bereit erklärt hat, von ihr offen, ehrlich und ohne Rückschaften auf irgendwelche Seiten hin durchgeführt werde. Das Verpassen des Anschlusses Deutschlands an ein kräftiges und selbständiges Rußland führte unsere Politik zwangsläufig nach Westen. Die deutsche Landwirtschaft ist in denkbar größtem Grade entschuldet, deshalb auch außerordentlich leistungsfähig. Die ganze Erfüllungspolitik, d. h. das A und O der sozialdemokratischen Politik, entscheidet sich in der Steuerfrage. Die Sozialdemokratie hat, wie einst am 4. August 1914, durch Bewilligung der Kriegskredite ihrem eigenen Kredit bei der Arbeiterschaft einen ebenso schlechten Dienst erwiesen, wie jetzt bei dem Steuerkompromiß und so der Arbeiterschaft selbst den größten Schaden zugefügt.

(Fortsetzung des Berichts mit der Rede des Gen. Koenen auf Seite 2.)

Doch Hungerstreik in Hamburg

Nachdem bisher verschwiegen wurde, daß politische Gefangene in Hamburg im Hungerstreik sind, mußte nun der Gefängnisdirektor Koch in der Hamburger Bürgerschaft bekanntgeben, daß doch fünf Genossen sich im Hungerstreik befinden. Es handelt sich um die von den Ausnahmegerichten am schwersten getroffenen Genossen, um diejenigen, die zu Zuchthaus verurteilt sind.

„Das sichtbare Opfer des Besitzes"

Was bedeutet die Zwangsanleihe?

Nach langen schweren Nöten ist es gelungen, nach tagelangem Kuhhandel, nach Drohungen mit dem Rücktritt des geliebten Wirth oder gar mit Reichstagswahlen, vor denen die sozialdemokratischen Volksführer am meisten Angst haben, haben die Scheinsozialisten unter Fritz Eberts tätigster Mitwirkung den verkrätigen Mausey das Steuerkompromiß beschert. „Ein sichtbares Opfer des Besitzes," das war diesmal die Formel, das Schlagwort, mit dem die Sozialdemokraten ihren längst feststehenden Abmarsch zur Deutschen Volkspartei, zu Stinnes gedeckt haben.

Das sichtbare Opfer des Besitzes wurde zur sichtbaren Opferung der selbstverständlichsten Interessen des Proletariats durch die SPD.-Bureaukratie.

Schon die Fragestellung selbst eines Opfers des Besitzes als der Grundlage und Bedingung des Kompromisses, verrät die kleinbürgerliche, wirtschaftsfriedliche und arbeitsgemeinschaftliche Einstellung derer, die sich immer noch Sozialisten nennen. Wer heute, sich beschränkend, ein Opfer des Besitzes fordert, der erkennt damit die Existenzberechtigung des Besitzes neben und über dem Proletariat an; der wiegt sich in der demokratischen Illusion eines über den Klassen stehenden Staates, dessen allgemeinen klassenlosen Interessen geopfert werden müsse. Das Proletariat weiß von solcher klassenfriedlichen Illusion nichts. Es weiß nur aus jahrzehntelanger Erfahrung, daß die Besitzenden, die Kapitalisten, seine Klassenfeinde sind. Es weiß nur, daß diese Klassenfeinde, mit und ohne Opfer, sich nicht loskaufen dürfen von der Verpflichtung, die Schäden des imperialistischen Krieges, die sie verursacht haben, allein wieder gutzumachen. Darum hat es — Spitze gegen Spitze — die Erfassung der Sachwerte, die Kontrolle der kapitalistischen Produktionsmittel durch den Staat unter dem Druck und dem Einfluß der Arbeitermassen gefordert: nicht als ein Opfer des Kapitals, mit dem es seine Ausbeutungsfreiheit erhält und erweitert, sondern als einen ersten und gewiß noch unzulänglichen Schritt zu seiner Aufhebung.

Für die sozialdemokratische Opfertheorie wurde diese proletarische Forderung der Sachwerterfassung zum Ausgangspunkt für das Kompromiß, für die Verständigung mit Stinnes.

Von der Erfassung der Sachwerte, die selbst der „Vorwärts" noch vor wenigen Monaten als die allen Arbeiterparteien gemeinsame Losung bezeichnet hatte, als die Forderung, ohne die an neue Steuergesetze nicht zu denken sei, kam man zur Kreditaktion. Von der Kreditaktion kam man zur Zwangsanleihe. Und die Zwangsanleihe wurde im Kompromiß das Mittel des Bürgertums, sich von jeder Besitzsteuer loszukaufen gegen einen Preis, der, wenn überhaupt, erst in Jahren fällig wird, während die indirekten Steuern heute schon und morgen aus den darbenden Massen ausgepreßt werden.

*

Bitter und schwer genug ist die Last, die die Bedingungen des Kompromisses der Sozialdemokraten den Arbeitenden in Stadt und Land aufbürden. In den wenigen Sätzen des Friedens, den die Sozialdemokraten mit der Stinnespartei in der Steuerfrage geschlossen haben, ist unendlich viel neues Elend für die breiten Massen beschlossen.

Es wird eine Zwangsanleihe von 1 Milliarde Goldmark ausgeschrieben werden. Sie soll nach einer von den übrigen Kompromißparteien noch nicht bewilligten Forderung der Sozialdemokraten für die ersten fünf Jahre nicht verzinst werden.

Gegen dies „Opfer des Besitzes" stimmt die Sozialdemokratie folgenden Bedingungen der Stinnespartei, des Zentrums und der Demokraten zu:

Bei der Vermögenssteuer bleiben die Zuschläge, entsprechend den Ausschuß-Beschlüssen auf 200 Prozent gegen 300 Prozent der Regierungsvorlage herabgesetzt. Sie wird nicht, wie die Sozialdemokraten es forderten, nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert erhoben.

Bei der Erbschaftssteuer wird die Geldentwertung berücksichtigt.

Die Nachkriegsgewinn-Steuer fällt fort.

Die Erhebung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers unterbleibt.

Deutlicher als durch diese Bedingungen kann die vollkommene Kapitulation der Sozialdemokraten vor dem Kapital nicht ausgedrückt werden. Die Besitz- und Vermögensteuern, selbst in der milden Form, in der schon Wirth sie in seinen Steuerplan eingesetzt hatte, einschließlich des Reichsnotopfers, verschwinden. Dafür bleiben die indirekten Steuern auf den Massenverbrauch, dafür wird die Umsatzsteuer, die der Reichs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0001

tagsausschuß etwas gekürzt hatte, wieder auf 3 Prozent hinaufgesetzt.

Das alles, diesen Steuerraubzug gegen die arbeitenden Massen, bewilligt die Sozialdemokratie gegen den ungewissen Zukunftswechsel der Zwangsanleihe. Wenn Stinnes sich mit ihr so leicht abfindet, so ist das nur ein Beweis, dafür, daß sie noch weniger das Kapital trifft, als es das Reichsnotopfer getan hat, daß die großen Kapitalisten bis heute noch nicht bezahlt haben, während es nur die kleinen und mittleren Kapitalsten in voller Schwere getroffen hat. Bei der Zwangsanleihe wird das Schwer- und Bankkapital, soweit es nicht wie bisher alle Steuern erfolgreich sabotiert, durch die Mechanik der Geldentwertung allen Vorteil wieder auf seiner Seite haben, weil die Steuerbehörden der Ebertrepublik schon dafür sorgen werden, daß zwischen der Veranlagung und der Zahlung der Zwangsanleihe Zeit genug bleibt, damit sie mit schlechterem Geld bezahlt wird, als zu dem sie veranlagt ist. Und weiter werden schon die Bedingungen der Zwangsanleihe dafür sorgen, daß sie in solchen Raten gezahlt wird, daß sie in Wirklichkeit aus einer Steuer auf den Kapitalbesitz sich in eine Steuer auf das Einkommen verwandelt, die genau so abgewälzt wird, wie dies bis heute mit allen deutschen Besitzsteuern der Fall gewesen ist.

Das ist die Zwangsanleihe, das Opfer des Besitzes, das den Opfernden zur Belohnung noch verzinst wird.

Aber selbst wenn wirklich die Zwangsanleihe in voller Höhe so erhoben würde, wie vielleicht einige Kleinbürger träumen, daß sie erhoben werden könnte, die Sanierung der Finanzen, die allein selbst in den Augen eben dieser Kleinbürger die Zustimmung zu dieser Kapitulation vor dem Besitz rechtfertigen könnte, wird durch sie nicht erreicht. Die eine Milliarde Goldmark, die sie höchstens bringen darf, ist ein Tropfen auf den heißen Stein gegenüber den ungeheuren Reparationsverpflichtungen, die trotz aller Stundungen bestehen bleiben. Die Zwangsanleihe wird den Etat nicht ins Gleichgewicht bringen. So bleibt trotz und mit ihr die Zerrüttung der Staatsfinanzen mit allen ihren verheerenden Folgen für die breiten Massen: der Geldentwertung, der Brotpreiserhöhung, der allgemeinen Teuerung und des Hungers.

Der Besitz hat gesiegt. Stinnes triumphiert. Der Reparationsplan, den Wirth jetzt mit Zustimmung der Deutschen Volkspartei wie der Sozialdemokraten dem Reichstag und der Entente vorlegen wird, ist der Plan des Kapitals, nach dem es mit Zustimmung der Sozialdemokraten das Proletariat ausplündern wird.

Es ist kein Zufall, sondern nur unerbittliche Konsequenz und der Ausdruck der Verbrüderung der SPD.-Bureaukratie mit Stinnes, daß der Mann des Weißen Schreckens in Deutschland, Noske, gerade in diesem Augenblick mit Zustimmung der SPD.-Bureaukraten als Reichstagskandidat aufgestellt worden ist.

Ob nun, nach dem Sieg von Stinnes, die große Koalition im Reichstag durch Erweiterung der Wirth-Regierung auch offiziell gebildet wird, ist nach alledem, was bereits geschehen ist, fast belanglos. Heute ist Wirth die Stinnes-Regierung.

Die Fraktion der Unabhängigen hat das Kompromiß einstimmig abgelehnt. Aber sie war nahe genug der Zustimmung. Sie war durchaus bereit, die Schwerterfassung aufzugeben und die Forderung der Zwangsanleihe aufzunehmen. Wenn sie im letzten Augenblick sich gegen das Kompromiß erklärt hat, so deshalb, weil die Kapitulation vor Stinnes nicht mehr zu verhüllen ist. Aber wenn die Unabhängigen auch jetzt gegen die Steuerforderungen Wirths in der Opposition stehen, sie tragen doch die volle Verantwortung für sie. Sie haben das Kabinett Wirth bis heute gestützt. Noch heute ist Wirth der Vollstrecker der Hilferding-Politik, des Burgfriedens mit der Entente, deren innerpolitische Folgen eben der Burgfrieden mit Stinnes und das Steuerkompromiß sind. Sie bleiben verantwortlich für diese Folgen, obgleich sie sich heute feige der Verantwortung entziehen möchten.

Nie war die Kommunistische Partei notwendiger im Interesse des gesamten Proletariats als heute, wo vor allen Augen sichtbar das Lebensinteresse der arbeitenden Massen vom Kapital mit Hilfe der SPD.-Führer aufs schwerste bedroht ist. Nie zeigte sich deutlicher als heute, daß nur eine geschlossene Partei des Proletariats, die rücksichtslos gegen die Interessen des Kapitals auftritt, die arbeitenden Massen vor dem Elend retten kann, und daß sie darum allein berufen ist, die kämpfende Einheitsfront des Proletariats zu bilden und zu führen. Das Steuerkompromiß beweist, wie alle Versuche zur Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft und ihres Staates während der letzten Jahre, daß sie nur durchzuführen ist durch die Opferung des Proletariats zugunsten des Kapitals. Er beweist damit gleichzeitig, daß eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft nur möglich ist durch die Unterwerfung des Kapitals unter die Kontrolle der Arbeiterschaft. Auch nach dem Steuerkompromiß bleibt die Steuerfrage, wie die Frage des Aufbaues der Wirtschaft, in voller Schwere für die breiten Massen bestehen, als die Frage des Uebergangs von der kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen.

Darum bleibt auch die Erfassung der Sachwerte als aktuelle Forderung auf der Tagesordnung der Geschichte, so gern Stinnes und Scheidemann sie von ihr absetzen möchten.

Das Ultimatum der Eisenbahnbeamten der Regierung überreicht!

Das „B. T." hört, daß die „Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter" nunmehr der Regierung das angekündigte Ultimatum überreicht habe, in dem im Falle der Nichtbewilligung der Forderungen mit der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels gedroht wird.

Streik im Eisenwerk „Kraft", Stettin

Wie das WTB. meldet, ist die Belegschaft des Eisenwerkes Kraft bei Stettin am Donnerstag, dem 26. Januar, wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Um die Hochöfen vor dem Erkalten zu bewahren, sei technische Nothilfe eingesetzt worden.

*

Ueberall die amtlich protegierten Streikbrechergarden! Wenn es gilt, die Arbeiter vor Not zu bewahren, rührt sich keine Behörde. Um so besorgter ist sie um den Schutz des Kapitals. Da liegt es im Interesse des „Allgemeinwohls", jeden Schaden zu verhüten.

Amerika geht nicht nach Genua

WTB. London, 27. Januar.

Reuter meldet aus Washington: Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, an der Konferenz von Genua teilzunehmen.

Es bestand nach den letzten Aeußerungen der Neuyorker Presse und der amerikanischen Regierungsvertreter kaum noch ein Zweifel darüber, daß die Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua nicht teilnehmen würden. Die Absage Hardings ist nun endgültig ausgesprochen worden. Das bedeutet, daß die Ergebnisse der Konferenz von vornherein in Frage gestellt sind. Das Problem des „europäischen Wirtschaftsaufbaues" ebenso wie das Reparationsproblem können ohne Beteiligung Amerikas nicht nur nicht gelöst werden, sondern kein ernsthafter Schritt zu ihrer Lösung ist denkbar, ohne daß Amerika den Alliierten einen Schuldennachlaß gewährt.

An die Partei!

Genossen und Genossinnen!

Nach eingehender Auseinandersetzung in den Reihen der Partei-Mitgliedschaft hat der Zentralausschuß in seiner Sitzung festgestellt, daß die von der Gruppe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft verbreiteten Anschauungen den Grundsätzen des Kommunismus zuwider laufen; daß diese Gruppe die Kommunistische Partei skrupellos bekämpft. Der Zentralausschuß hat ausgesprochen, daß jegliche Gemeinschaft mit dieser Gruppe von Abtrünnigen des Kommunismus unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei. Er hat diejenigen aus der Partei ausgeschlossen, die durch ihre Taten und Worte bezeugt haben, daß sie die Solidarität mit einer der Partei feindlichen Gruppe der Solidarität mit der eigenen Partei vorziehen. Die Partei hat durch diesen Akt bewiesen, daß sie bleibt, was sie war: die revolutionäre Partei des Proletariats, daß sie die Verletzung ihrer Grundsätze und ihrer Kampfesdisziplin ohne Ansehen der Person streng ahndet, daß sie nicht gewillt ist, den Weg der alten Sozialdemokratie zu betreten, der zu dem schmählichen Zusammenbruch des 4. August 1914, zum Verrat des Sozialismus geführt hat.

Der Zentralausschuß hat gleichzeitig von neuem die Taktik bekräftigt, die den Beschluß des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und dem revolutionären Interesse der deutschen Arbeiterschaft entspricht.

Heran an die Massen, bleibt die Losung der KPD. nach wie vor.

Genossen! Die Partei hat nach diesem Akt der Abwehr von Angriffen gegen ihre sozialistische Grundlage wieder beide Hände frei, um im Sinne ihrer Grundsätze zu wirken. Die Stunde, wo die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführerschaft den Steuerkampf aufgibt und mit der Bourgeoisie zusammenwirkt, um der Arbeiterklasse neue riesige Steuerlasten aufzuerlegen, sie gesteigertem Preiswucher und Ausbeutung preisgibt, wo Stinnes und Komp. sich anschicken, auch im Reiche ihre Herrschaft anzutreten; diese Stunde ruft danach, daß die Kommunisten mit aller Kraft an der Spitze der Arbeiterschaft den Kampf um die Sicherung der proletarischen Existenz und den Zusammenschluß zu einer einheitlichen proletarischen Kampffront und die Bildung einer proletarischen Regierung aufnehmen. Es gilt angesichts der gewaltigen Aufgaben der Agitation, der Propaganda und des Kampfes, die inneren Auseinandersetzungen möglichst rasch zu beenden und die Reihen der Partei dicht zusammen zu schließen.

An die Arbeit!

Berlin, 25. Januar 1922.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Sektion der Kommunistischen Internationale.

Luise Zietz gestorben

Gestern abend brach nach Beendigung der Reichskanzlerrede, als Westarp von den Deutschnationalen sprach, die unabhängige Reichstagsabgeordnete Luise Zietz an einem Nervenanfall im Plenarsaal zusammen. Sie wurde durch mehrere Abgeordnete aus dem Plenarsaal in das Bestibüll getragen, und dort bemühten sich Dr. Moses von der USPD. und andere Aerzte um Frau Zietz. Die Kranke wurde alsdann nach dem Krankenhaus am Urban geschafft, wo sie in der Nacht gestorben ist.

*

Luise Zietz war eine der markantesten Erscheinungen innerhalb der proletarischen Frauenbewegung, und ihr Tod, der sozusagen in den Stiefeln erfolgte, wird nicht nur in den Reihen der USPD. Bedauern hervorrufen. Die Verstorbene, die ein Alter von kaum 57 Jahren erreicht hat, war seit 1892 ununterbrochen auf rastloser Weise in der sozialdemokratischen Bewegung tätig. Ihr Feld war besonders die Frauenbewegung, um deren Organisation sie sich hervorragende und bleibende Verdienste erworben hat. 1908 wurde sie Mitglied des Parteivorstandes, und während des Krieges ging sie zur USPD., deren Zentralkomitee sie ebenfalls ununterbrochen angehörte. In den ersten Jahren der unabhängigen Bewegung war sie eine fanatische Feindin der Rechtssozialisten, und ihre Abrechnungen mit dem Noske-System in der Nationalversammlung machten sie dieser Partei besonders verhaßt. In der letzten Zeit bekämpfte sie leider auch unsere Partei oftmals sehr heftig, ohne jedoch ebenso schnell wie andere Führer der Unabhängigen die Sünden der SPD. zu vergessen. Trotzalledem verschwinden an der Bahre dieser mutigen und unerschrockenen Vorkämpferin der proletarischen Frauen, die selber dem Proletariat entstammte, die Parteiunterschiede innerhalb der Arbeiterschaft, nur die sie ein langes Leben in vorbildlicher Treue eingesetzt hat.

Der Reichstag und der Milliardensteuerraub

(Fortsetzung von Seite 1.)

Genosse Koenen über den Steuerraubzug

Genosse Koenen: In den letzten Wochen ist Geheimdiplomatie allerschlimmster Sorte betrieben worden, um den Milliardensteuerraub am deutschen Volke zustande zu bringen. Mit dem Effekt dieser Diplomatie trat nun der Reichskanzler vor den Reichstag, also vor das deutsche Volk. Obgleich er sich die Pose eines Siegers zu geben bemüht war, konnte er nicht die Schwäche seiner Regierung verbergen. Die gleiche Schwäche, die allen bisherigen Regierungen eigen war. Diese Schwäche zeigte sich vornehmlich in der Haltung Deutschlands gegenüber Sowjet-Rußland. Und obgleich Dr. Wirth versicherte, daß man in Genua Rußland gegenüber eine Politik betreiben werde, wie gegen ein freies Land und nicht wie gegen eine Kolonie, so fehlt uns für diese Botschaft der Glaube, denn wir selbst gehen ja im Schlepptau Englands nach Genua. Wir werden hierdurch die für uns dort günstige Gelegenheit ebenso verpassen, wie wir bereits einmal durch unser Nachlaufen hinter England eine sehr günstige Situation verdorben haben und zwar in der oberschlesischen Angelegenheit. Die deutsche Regierung hatte damals auf England alle Hoffnungen gesetzt und geglaubt, England werde es schon machen. Man hatte die halben und dreiviertel Zusagen in der Tasche und fiel nachher aus allen Wolken, als England im letzten Augenblick eine in seinem Interesse liegende Schwenkung machte und Deutschland im Stich ließ. Hierdurch ermöglichte man dem Trabanten Frankreichs, Polen, die fettesten Teile Oberschlesiens zu schlucken. Das war eine Niederlage unserer bis dahin üblichen Außenpolitik, die vor einer Wiederholung dringend warnen muß. Man kann leider der deutschen Regierung nicht nur dieses Mal sagen: Spät kommt ihr, doch ihr kommt, sondern es muß auch diesmal wieder festgestellt werden, daß sie jedesmal zu spät kommt. Und so verpaßt sie auch den Anschluß bei dem sogenannten russischen Wiederaufbau, wenn sie ihre Politik im Schlepptau Englands macht. Daß sie hierzu gewillt ist, geht aus ihrer Absicht hervor, das von der Entente geplante Ausbeuterkonsortium mitzubilden. Wir fordern deshalb demgegenüber baldigste Anerkennung der Sowjetregierung und eine selbständige Politik unsern östlichen Nachbarn gegenüber.

Wie in der äußeren Politik, so versteht auch Deutschland im Innern nur Tagespolitik zu machen. Ein Beweis dafür ist das Steuerkompromiß und die in Aussicht gestellte Zwangsanleihe. Diese Zwangsanleihe bringt zwar eine kleine Atempause der Entente gegenüber, wirkt aber nicht entlastend, sondern noch mehr als bisher belastend für das deutsche Volk, besonders das Proletariat. Das kann kurz an wenigen Zahlen nachgewiesen werden. Und dieser Nachweis wird der Beweis sein, daß die Aufbringung der Lasten, die auf uns gewälzt werden, eine Unmöglichkeit ist. Die Regierung gab selbst zu, daß in diesem Jahr bereits ein neues Defizit von 162 Milliarden vorliegt. Dieses Defizit wird sich sicher, da sich die Novemberteuerung erst auszuwirken beginnt, bis zum Schluß des Etatjahres auf ca 200 Milliarden erhöhen. Weiter hat die Regierung beim Reichsrat erklärt, daß nach dem jetzigen Stand des Dollars das nächstjährige Defizit sich auf über 200 Milliarden beziffern müsse. Bedenken wir, daß die schwebende Schuld in der Woche vom 11. bis 20. Dezember auf 238 Milliarden Mark gestiegen war, die einen Zinsendienst von 25 Milliarden Mark erfordern. Bedenken wir weiter, daß daneben ungedecktes Papiergeld in der Höhe von 117 Milliarden Mark umläuft und daß ferner noch 90 Milliarden alter Schulden bestehen, so haben wir im kommenden Jahr mit einer Gesamtbelastung von über 800 Milliarden Mark zu rechnen. Selbst beim günstigsten Erfolg des Steuerkompromisses wird nur ein Fünftel dieser Last gedeckt werden können. Was geschieht mit dem Rest, da selbst nach Angabe der Redner der bürgerlichen Parteien die Belastung des Konsums bis zur äußersten Möglichkeit angespannt sei? In der konsequenten Verfolgung Ihrer bisherigen Steuerpolitik müssen Sie zu noch furchtbareren Mitteln greifen, um die arbeitende Bevölkerung noch weiter auszupressen und auszubeuten, da Sie es bisher konsequent abgelehnt haben, die Steuern dort zu holen, wo sie einzig zu holen sind: beim Besitz.

Das Steuerkompromiß bringt aber nicht nur keine Heilung aus unsern Finanznöten, sondern birgt auch in sich selbst ungeheure Ungerechtigkeiten gegen das schaffende Volk. Den Besitzenden gibt man Nachlässe und für den Besitzlosen hat man nur Steigerungen: so bei der Kohlensteuer, bei der Umsatzsteuer, **bei der man die ursprünglich beabsichtigte Milderung für die Genossenschaften preisgegeben hat.** Das sind die Heldentaten der rechtssozialistischen Arbeitervertreter, die auch noch bei verschiedenen anderen Steuern auf den Konsum in Erscheinung traten. Die Sozialdemokraten überschritten in der Regel bei allen Steuerarten die von den Gewerkschaften als äußerste Grenze dargestellte Linie der Belastung. Demgegenüber bedeutet die Zwangsanleihe, die von bürgerlicher Seite als ein Opfer des Besitzes bezeichnet wurde, in ihrem Effekt weiter nichts als eine abermalige größere Verschuldung des Reiches an Stinnes und Kompagnie. Die Groß-Bourgeoisie kauft sich so den letzten Rest der ihr fehlenden Macht im Staate zurück.

Und mit dem so gefestigten Großkapital geht die Sozialdemokratie in eine breite Koalition, die für die Arbeiterschaft bedeutet: Durchbrechung des Achtstundentages, Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung.

Wir stellen mit der USP. fest, daß wir an einem entscheidenden Wendepunkt nach rechts stehen, bedauern aber, **daß die USP. zu dieser Wendung nicht eine viel schärfere Stellung gegen die Koalitionsregierung einnimmt,** nicht eine viel rücksichtslosere Sprache gegen sie führt. Das Steuerkompromiß und die Stinneskoalition werden eine Belastungsprobe sein, die vor der Arbeiterschaft nur jene bestehen können, die sich klar und deutlich und mit aller Schärfe gegen sie gewendet haben. Eine Regierung, die durch Unterstützung der Volkspartei getragen wird, verdient den stärksten Haß des Proletariats. Wir werden sehen, ob die USP. sie unterstützen will. Die nächsten Wochen werden uns eine **Brotpreiserhöhung um 75 Prozent** bringen. Dann werden mehr noch als heute Arbeiter, Angestellte und Beamte dieser Regierung fluchen. Das gleiche gilt für die zu erwartende **Mietpreissteigerung.** Die sogenannten Besitzsteuern können wir zusammenfassend bezeichnen: große Namen, große Etikette und dahinter nichts als blanker, purer Schwindel!

Bei der notorischen Verarmung des deutschen Proletariats und bei der angeblichen Leistungsfähigkeit der Bourgeoisie ist zu prüfen, wo die Reichtümer, die von der schaffenden Kraft erzeugt wurden, in den letzten Jahren geblieben sind. Das ist nicht schwer festzustellen, denn die Zeitungen schreiben offen über die **Beträge in Gold- und Papiermark, die in ausländischen Banken lagern;** so in der Schweiz ein Betrag von über 60 Milliarden Papiermark, was mag da nach Holland, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark, England und Amerika verschoben worden sein! Auf der Elberfelder Tagung des Verbandes der Eisen- und Stahlindustriellen wurde mitgeteilt, daß diese Industriegruppe im Auslande Außenstände von rund 2 Milliarden Goldmark habe. Man schafft sich ausländische Außenstände, um das Geld vor dem Zugriff des deutschen Steuerfiskus zu schützen. Was hier von dem einen Verband gesagt wird, das gilt auch für die andern Verbände der Eisenindustrie, das gilt ebenso sehr für die Textil- und Montan-Industrie. Zudem hat sich der Kapitalist nicht gescheut, schändlichen Ausverkauf ans Ausland zu betreiben, und mit den Rohstoffen auch die deutsche Arbeitskraft an das valutastarke Ausland zu verschleudern, um so, wie es schon immer die Praxis der Besitzenden war, die Steuerbehörden zu bemogeln. Und diese „Steuerpolitik" wird durch die Billigung des Kompromisses durch die Rechtssozialisten zur Permanenz erhoben. Die Rede Breitscheids war weiter nichts als eine Deckung der linken Flanke der Regierung. Es war eine Folge des Willens der USP., dieser Regierung den Erfüllungswillen beizubringen. Sie muß sich nun entscheiden zwischen zwei Wegen: mitzurutschen, wie die Rechtssozialisten oder den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen. Sie hat sich für das erstere entschieden. Und so werden wir in Zukunft auch von der USP. wohltönende Worte hören, aber keine Taten sehen.

Es muß von dieser Stelle noch Erwähnung finden, daß auch unsere französische Bruderpartei die Forderung auf Erfassung der Sachwerte in Frankreich zu der ihrigen gemacht hat. Sie wird, wie wir, den Kampf führen für die Aufhebung der indirekten Steuern. Ebensowenig, wie der Kampf um die Erfassung der Goldwerte eine lokaldeutsche Angelegenheit ist, ebensowenig wird sie beschränkt bleiben auf Frankreich. Es werden sich vielmehr die klassenbewußten Proletarier aller Länder zu dieser Forderung bekennen und unter der kommunistischen Flagge werden sie ihr Ziel erstreiten und siegen.

Nach einigen kurzen persönlichen Bemerkungen wird ein Antrag unserer Genossen eingebracht, dahingehend, daß der Reichstag beschließen wolle: „Die Regierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

Abg. Hergt erklärt hierzu, daß seine Partei durch ihren Redner ihre Stellung präzisiert habe und zu dem kommunistischen Antrag keine Stellung nehmen werde. Ledebour schloß sich für die USP. dem an und so wurde, da die Deutschnationalen den Saal verließen und die USP. sich der Stimme enthielt, unser Antrag gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Also die Einheitsfront von Hergt bis Ledebour.

Auch ein Ergebnis.

Millionenschaden durch Brand einer Beleuchtungsfabrik. TU. Leipzig, 27. Januar. Durch ein Großfeuer das am Donnerstag früh in der Wurzener Beleuchtungsfabrik Walther Allgen ausbrach, wurde an den Gebäuden, Rohstoffen- und Fertigfabrikaten ein Millionenschaden angerichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0002

Ausland

Kommunistenhatz

WTB. Kopenhagen, 27. Januar. Nach einem Telegramm aus Helsingfors wurden auf Veranlassung des Ministeriums des Innern die Vorstandsmitglieder der Kommunistischen Partei und der verantwortliche Redakteur der kommunistischen Zeitung verhaftet. Sie halten einen Aufruf veröffentlicht, in dem zum Kampf für Räterußland aufgefordert wird. Der Justizminister wird gegen sie Anklage wegen Hochverrates erheben.

Krach im Prager Abgeordnetenhaus

Prag, 27. Januar. Im Abgeordnetenhause fanden wüste Lärmszenen statt. Den Anlaß gab die Konfiskation einer im kommunistischen Organ abgedruckten Rede eines kommunistischen Abgeordneten, worin dieser die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung aufforderte. Die Kommunisten begannen ein eine halbe Stunde dauerndes Pultdeckelkonzert, so daß die Redner nicht verstanden wurden. Schließlich sangen die Kommunisten die Internationale und verließen den Saal. Die deutschen Sozialdemokraten schlossen sich dem Protest an und setzten das Pultdeckelkonzert fort. Es gab heftigen Wortwechsel zwischen Deutschen und Tschechen, der sich steigerte, als ein übler Geruch bemerkbar wurde, nachdem gegen den Präsidenten eine Stinkbombe geworfen war. Die Situation drohte in eine Schlägerei zwischen Deutschen und Tschechen auszuarten, dies wurde aber durch Eingreifen zweier Deutscher verhindert. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen, um festzustellen, wer die Stinkbombe geworfen habe.

Aus der Partei

Die Beschlüsse des Zentralausschusses

Resolution zur parteipolitischen Lage

Das verlangsamte Tempo der Weltrevolution hat in manchen Schichten der Arbeiterschaft die Vorstellung hervorgerufen, daß die Welle der Weltrevolution überhaupt abgebebt sei. Die Illusion des raschen Sieges über die Bourgeoisie ist in diesen Kreisen dem Zweifel an dem revolutionären Wege gewichen. Während die Kommunisten aus der Einsicht in die teilweise Festigung des Kapitalismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete nur entsprechende Folgerungen für ihre Taktik ziehen, sind bisher kleine revolutionsbegeisterte Gruppen der Arbeiterschaft geneigt, sich überhaupt vom Kommunismus loszusagen.

Ein Ausdruck dieser Depression auch innerhalb der Reihen unserer Partei ist die Abplitterung der KAG. und der mit ihr sympathisierenden Opposition.

Die Opposition, die sich über die Konsequenzen ihres Weges erst teilweise bewußt ist, knüpfte an an die „Enthüllungen" des „Vorwärts" über die Märzaktion und zog daraus Folgerungen, die einer Kapitulation unserer Partei vor der SPD. und USPD. in dieser Frage gleichkamen. Der Mangel an theoretischer Klarheit und Festigkeit veranlaßte diese Opposition weiter dazu, öffentlich gegen einen Beschluß der Zentrale Stellung zu nehmen, der den politischen Kampf gegen die KAG. ankündigte und der in Uebereinstimmung steht mit dem Beschluß des Zentralausschusses vom 22. November zur KAG.-Frage.

In der Forderung der Opposition nach programmatischer Festlegung der Taktik unserer Partei liegt die Forderung enthalten, als Basis unserer Partei nur die Durchführung der augenblicklichen Tageskämpfe aufzustellen. Unsere Partei ist aber nicht eine Partei, die sich beschränkt auf Kämpfe um Etappenforderungen (Steuerkämpfe, Lohnkämpfe usw.), sondern sie ist eine Partei, die bewußt für die Erringung der Diktatur des Proletariats auf revolutionärem Wege eintritt, die in jedem Augenblick des Kampfes nicht nur die Notwendigkeit der weiteren Schritte bis zur endgültigen Aufhebung des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat betont, sondern die Aufgabe hat, die Massen über die jeweilig erreichte Etappe hinaus vorwärts zu führen.

Die Aufgabe der kommunistischen Grundsätze durch die Opposition zeigt sich auch in ihrer Forderung der Wiedereinnahme aller aus politischen oder organisatorischen Gründen Ausgeschlossenen und der Wiedervereinigung mit der KAG. Eine solche Wiedervereinigung wäre nur möglich, wenn die Ausgeschlossenen oder Ausgetretenen die Grundsätze unserer Partei anerkennen und befolgen wollen, aber nicht auf dem Boden der KAG.

Der Zentralausschuß lehnt es auch ab, der Forderung der Opposition auf Reinigung der Partei von den während der Märzaktion angeblich kompromittierten Genossen zuzustimmen. Die Fehler, die von einzelnen Genossen während der Märzaktion begangen wurden, sind zu betrachten im Zusammenhang und als Ausfluß einer Einstellung, die in den Märztagen in unserer Partei vorherrschend war. Diese Fehler sind durch den 3. Weltkongreß und durch die tatsächliche Politik der Partei seit Jena überwunden worden. Die Gewähr gegen ihre Wiederholung liegt in der wachsenden kommunistischen Einsicht und Schulung der Gesamtpartei.

Die Kommunistische Partei ist sich bewußt, daß in den Beziehungen der einzelnen Sektionen zur Exekutive der K.I. noch manche einschneidenden Mängel beseitigt werden muß. Diese vorhandenen Mängel beruhen zum größten Teil auf der mangelnden Objektivität und Mitarbeit der Sektionen bei der Herstellung der technischen und politischen Verbindung mit der Exekutive. Die Partei begrüßt alle Anregungen, die den Zweck haben, die internationalen Beziehungen besser zu gestalten.

Hinter der Forderung der Opposition, daß die Exekutive der K.I. nicht organisatorisch und personell in die deutsche Partei eingreifen dürfe, verbirgt sich die weitergehende Forderung der Unabhängigkeit unserer Partei gegenüber der Kommunistischen Internationale. Auch die Forderung der finanziellen Unabhängigkeit unserer Partei von der Kommunistischen Internationale wird von der Opposition weniger begründet mit den Erfordernissen eines organisatorisch gesunden Aufbaus der Partei aus eigener Kraft, wie sie bereits der Jenaer Parteitag erkannt hat, als mit einer angeblich auf der finanziellen Unterstützung beruhenden geistigen Abhängigkeit. Demgegenüber betont der Zentralausschuß die Notwendigkeit einer straff zentralisierten Internationale. Die Partei scheut sich nicht, offen auszusprechen, daß kommunistische Parteien je nach ihrer Leistungsfähigkeit Gelder von ihren Bruderparteien empfangen, oder an sie abgeben zum Kampfe gegen die Bourgeoisie.

Die Forderungen der Opposition stimmen weitgehend überein mit denen der KAG. Die KAG. zieht nur offen die Konsequenzen aus den Forderungen der Opposition, die ja auch organisatorisch mit der Opposition in engstem Zusammenhang steht.

Die KAG. verlangt von unserer Partei nicht mehr bloß die Revision der Taktik unserer Partei, sondern schon die Auflösung der KPD. Die Forderung der Bildung einer verschwommenen sozialrevolutionären Partei durch die KAG. hat Platz gemacht der offenen Forderung der Verschmelzung mit der USPD. Der Artikel Levis im „Weg" bildet die theoretische Begründung der praktischen Versuche der KAG., in die USPD. einzutreten.

Die Tätigkeit der KAG. ist seit ihrer Existenz darauf gerichtet gewesen, die KPD. zu bekämpfen. Daraus ergab sich praktisch vielfach eine politische Zusammenarbeit der KAG. mit der USPD. und mit der SPD. („Vorwärts"-Enthüllungen). Zwischen der KAG. und der Kommunistischen Partei kann es deshalb keine anderen Beziehungen geben, als die des politischen Kampfes.

Die Opposition hat an der Bekämpfung unserer Partei durch gegnerische Organisationen ebenfalls teilgenommen. Mit ihren Aufrufen und Publikationen lieferte sie ihnen Material für die Bekämpfung der Kommunistischen Partei. Die aus politischen Differenzen erwachsene kritische Stellung der Opposition verführte sie zu einer Reihe schwerer Disziplinbrüche.

Die Kommunistische Partei gewährt für die Diskussion über taktische Fragen freiesten Spielraum. Sie kann es aber unter keinen Umständen dulden, daß die Diskussionsfreiheit von oppositionellen Genossen dazu mißbraucht wird, sich fraktionsweise zusammenzuschließen, mit Erklärungen, für die Unterschriften gesammelt werden, gegen die Partei zu operieren und mit ausgesprochenen Gegnern der Partei organisatorische und politische Verbindungen zu unterhalten. Wer dies tut, arbeitet praktisch an der Auflösung der Partei.

Die Kommunistische Partei muß, um die Taktik der Einheitsfront erfolgreich anzuwenden, sich von anderen Parteien klar abheben. Die Partei muß Massenpartei sein, aber nicht um den Preis ihrer inneren Geschlossenheit, Kampffähigkeit und Klarheit. Um ihre Aufgaben zu erfüllen, muß sie von jedem Mitgliede die Wahrung revolutionärer Disziplin verlangen.

Der Zentralausschuß erklärt deshalb, daß alle diejenigen, die sich für die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft betätigen, sich damit selbst außerhalb des Rahmens der Partei stellen. Gemäß den Beschlüssen des Dritten Weltkongresses ist jede Fraktionsbildung und Sonderbündelei innerhalb der Partei und jede politische und organisatorische Zusammenarbeit mit der KAG. unvereinbar mit den Pflichten eines Parteimitglieds.

Wirtschaft

Deutsche Schleuderkonkurrenz

Die Wirkungen der niederen deutschen Valuta und den damit verbundenen niederen Löhnen auf einen Zweig der englischen Wirtschaft zeigt folgende Berechnung aus dem „Manchester Guardian" vom 19. Januar: Danach kostete die Fracht für Baumwollwaren per ohm nach Südamerika von Belfast aus im ganzen 8 Pund Sterling 9 Pence, von Hamburg aus im ganzen 17 Schilling 6 Pence, d. h. die Fracht von Hamburg aus ist um mehr als das achtfache billiger als von England aus. Die natürliche Folge wird eine immer weitergehende Stillegung der englischen Seeschiffahrt sein und auf diesem indirekten Wege tragen die deutschen Hungerlöhne nicht nur zur Verelendung des deutschen Proletariats, sondern auch zu der des englischen und des übrigen Weltproletariats bei.

Steigen der Getreide- und Mehlpreise

Daß wir leben „in der jetzt für die Landwirtschaft (lies: Großagrarier. D. R.) doch wirklich nicht ungünstigen Zeit", wie die „Deutsche Tageszeitung" vom 14. Januar 1922 schreibt, zeigen die Preisnotierungen für Getreide und damit des Mehls am Berliner Markt. Es wurden notiert in Mark pro Tonne:

	Weizen:	Roggen:
16. 1. 1922	7500—7520	5960—6000
17. 1. 1922	7580—7600	6040—6100
18. 1. 1922	7600—7620	6060
19. 1. 1922	7620—7680	6120—6160
20. 1. 1922	7740—7880	6240—6320
21. 1. 1922	8000—8060	6400

Die Steigerung der Preise beträgt innerhalb einer Woche für Weizen 500—540 Mark, für Roggen 400—440 Mark. Die Preisnotierungen für Mehl betrugen pro Tonne in Mark:

	Weizenmehl:	Roggenmehl:
16. 1. 1922	9800—10 700	7400—8300
19. 1. 1922	9900—10 800	7900—8400
21. 1. 1922	11 100	8200—8800

Mithin eine Erhöhung der Preise für Weizenmehl um 400—1300 Mark, für Roggenmehl um 500—800 Mark pro Tonne innerhalb einer Woche.

Vom Tage

Der Harem des Kronprinzen

Vor dem Landgericht Frankfurt a. O. hatte sich der sozialdemokratische Redakteur Kurt Lehmann wegen „Beleidigung des Offizierkorps" des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Der Anklage lag ein Artikel zugrunde, der auf die „laufende, hurende und fressende Offiziersmeute" in der Etappe hinwies. Unter Nennung von 1500 Zeugen trat der Angeklagte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis für seine Behauptung an. Sein Verteidiger legte außerdem zahlreiche Urkunden, Speisekarten aus den Offizierskasinos und dergl. über die Annehmlichkeiten des Etappenlebens für Offiziere vor. Das Gericht drückte sich von allem Anfang an, so gut es ging, in die Beweisaufnahme einzutreten. Schließlich mußten sich die feudalen und bürgerlichen Klassenrichter zu helfen, indem sie sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisanträge kurzerhand als wahr unterstellten. Unter diesen Beweisanträgen befanden sich u. a. auch die Behauptung eines bürgerlichen Politikers, aufgestellt in einem Buche „Die Tragödie Deutschlands" (Verlag Duncker und Humblot):

„Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überschwemmten die Etappe."

Weiter wurde eine Behauptung der Verteidigung von dem Gericht als wahr unterstellt, nach der der Kronprinz in seinem Hauptquartier mit preußischem Offiziersschneid ein junges Mädchen als seine Dirne kommandierte und die empörten Eltern wegen „Erregung öffentlichen Aergernisses" aus dem Dorfe abschieben ließ.

Auf Grund dieser Beweisaufnahme hätten die bürgerlichen Richter getreu ihrer unparteiischen Klassengepflogenheit alle Ursache gehabt, den Angeklagten möglichst unter Ausschluß der Oeffentlichkeit freizusprechen. Das persönliche Ansehen dieses kaiserlichen Herrn Kronprinzen und besonders des „altpreußischen" Offizierskorps aber wurde mit der Begründung „gerettet", daß der Angeklagte nicht das Etappenoffizierskorps (was es gar nicht gegeben habe!), sondern die Frontoffiziere mit beleidigt habe. Urteil: 1500 Mark Geldstrafe, nachdem der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis oder 1500 Geldstrafe beantragt hatte. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet worden.

Inzwischen werden nun wahrscheinlich die Deutschvölkischen mit Eifer daran gehen und den „Beweis" erbringen, daß es sich bei dem kronprinzlichen Heerlager wirklich um ein Hauptquartier und nicht um ein Bordell mit einem arischen Sultan an der Spitze gehandelt hat und daß alle gegenteiligen Behauptungen auf den „Dolchstoß von hinten" oder auf die „Lügen des Feindbundes" zurückzuführen sind.

Neue Druckschriften

Der „Kommunistische Genossenschafter", Januarnummer, ist soeben erschienen als Beilage zum „Gewerkschafter" vom 14. Januar. Auch diese Nummer enthält wieder eine Fülle von Material, das unsere in den Genossenschaften tätigen Mitglieder in ihrer praktischen Arbeit ausgezeichnet verwerten können. Der Leitartikel über das neue wirtschafts-politische Programm der Konsumvereine zeigt, welch großen sachlichen Erfolg die kommunistische Zellenarbeit in den Konsumvereinen gehabt hat. Führende Genossenschaftspraktiker geben jetzt selber zu, daß die Konsumvereine allein nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, sondern daß sie sich mit den Arbeiterparteien verbünden müssen, um Geldmittel usw. zu erlangen. Zwei sehr wichtige Artikel beschäftigen sich mit dem Steuerbetrug der Genossenschaftsbureaukratie (die auf dem Genossenschaftstag gegen die Umsatzsteuer war und nachher, hinter den Kulissen, dafür wirkte!) und ihrer Schuld an der gegenwärtigen Zuckerkalamität. — Das Material, das der „Kommunistische Genossenschafter" bietet, müssen unsere Genossen gründlich studieren, um es dann unter alle proletarischen Konsumvereinsmitglieder zu bringen, damit diese erkennen, in welcher Weise sie heute von den Genossenschaftsinstanzen irregeführt werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 5 Mark.

Genossen, kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten!

Modenzeitungen:

Alle 14 Tage erscheinen:

Vobachs Frauen- u. Modenzeitung	Heft 2,20	Mark.
Praktische Damen- u. Kindermode	„ 2,00	„
Modezeitung fürs deutsche Haus	„ 2,00	„
Schnittbogen zu obigen extra	Stück 0,70	„
Praktische Berlinerin	Heft 3,00	„

Alle Monate erscheinen:

Record-Album	4,50	Mark.
Modenschau	Heft 2,50	„
Mode und Wäsche, mit Schnitt	„ 4,00	„
Kindergarderobe, mit Schnitt	„ 3,00	„
Wäsche u. Handarbeitszeitung, m. Schnitt	„ 3,00	„

Vierteljährlich 6 mal erscheinen:

Deutsche Modenzeitung, m. Schnitt,	Quartal 21,60	Mark.
Der Bazar, mit Schnitt	„ 10,60	„
Elegante Mode, mit Schnitt	„ 7,50	„

Außer obigen Modezeitungen liefert auch alle anderen gewünschten Moden auf Wunsch frei Haus durch Zeitungsausträger die

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H.

Abteilung: **Bezirks-Zentralbuchhandlung**

Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14

und deren Filialen:

Halle, Volksbuchhandlung, Harz Nr. 42/44.
Merseburg, Volksbuchhandlung, Markt 7.
Eisleben, Volksbuchhandlung, Breiter Weg 8.
Zeitz, Volksbuchhandlung, Bismarckstraße 4.
Mansfeld, Volksbuchhandlung, Dammstraße 18.
Helbra, K. Burghardt, Bolzenschächterstraße 4.

Sich. Heilung
Gicht Rheumatismus
Wunden Geschwüre Lupus Flechten
NUR
STOHAL
PRÄPARATE
GEGEN
Katarrhe Hals-Nasen- Lungenleid. Asthma
Magenleiden Appetitlosigk. Verstopfung Blutreinigung
Viele Anerk.
Aerztl. empf.
In Apotheken u. Drogerien
423

Nur für Wiederverkäufer!
Erstklassige prima sächsische
Filzwaren aller Art und Lederpantoffeln 41
(durchgenäht — gepolstert — holzgenagelt)
bietet laufend zu billigsten Preisen an
Großvertrieb und Lager
Georg Cohn, Halle a. d. S.,
Steinweg 24. Fernruf 2891.

M. 1000 Erfolgsgarantie Tätowier., Leberflecke, Warzen usw. entfernt schnellst. „Oslo". Postversf. Anfrag. m. Rückporto. 6. W. B. Koch, Halle (S.), Alleestr. 17

Bettnässen 82 Befreiung sofort. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angeben! Dr. med. Heusmann & Co., Volburg 198 (Bayern).

Möbel-Haus Albert Letsch
13 Henriettenstraße 13
Nähe Brettschütze
kein Laden
empfiehlt:
Schlafzimmer, Küchen, Wohnzimmer,
Möbel aller Art neu!
Möbeltischlerei. Versandhaus.
33

Spezialität: Gummierte
Bettstoffe u. Windelhöschen.
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstraße 41. 275

Feldgraue Hosen
neu, prima Qualität,
148,00 Mk.
Reinke,
Leipziger Straße 55, I,
433 am Riebeckplatz.

Leisten
neuester Fassons 59
in allen Größen vorrätig.
P. Andersch, Lederhandlung.
Magdeburgerstraße 3.

Der Waschbär
repariert 46
Dauerwäsche.
Dauerwäsche-Reparat.
Kl. Berlin 2.

Cottbuser Speise-
Leinöl
frisch eingetroffen. 443
F. Baumgärtel,
Lessingstraße 36.

+ Gummiwaren.
Frauenspritzen (hygienische Neuheit). 40
Menstruationstropfen.
— Preisliste gratis. —
Vers. „Germania"
Sandberger Str. 5, 1. Etg.

Bekanntmachung.

Das der Ausschreibung der Viehseuchen-Entschädigungsbeiträge für 1921 zugrunde zu legende Verzeichnis der beitragspflichtigen Viehbesitzer liegt vom 30. Januar bis einschließlich 10. Februar im Magistratsbureau VII, Marktplatz 2 II, Eingang Schmeerstraße, vormittags von 8—12 Uhr, zur Einsicht aus.

Einsprüche sind bis 20. Februar zu erheben.

Halle, den 23. Januar 1922.

434 **Der Magistrat.**

M. Schmuckers Wetterkalender
für jeden Tag des Jahres
1922.
Mit einem Monatskalender für den Landwirt, Forstmann, Imker, Jäger und Fischer.
Preis 8 Mk., Porto 2 Mk.

Abreißkalender
Porto 1 Mk.
Preis 2,50 bis 6,50 Mk.

Abreiß-Wochenkalender
Porto 1 Mk. Preis 5,— M.

Kalenderblocks, einz.
Preis à 2,—, 3,50 u. 4,50 M.
empfiehlt die F
Volksbuchhandlung Halle a. d. S., Harz 42/44.
Zahlungen an
Postscheckamt Leipzig
Nr. 60983.

Schlafzimmer, 32
Küchen, Bettstellen,
Patent-Auflege-Matratzen,
Sofas, Chaiselongues
Kurt Hoffmann,
Ludwig-Wucherer-Str. 17,
kein Laden, Hof links.

Für dauernde Beschäftigung sofort gesucht: 101
Tüchtig., selbständ. Werkzeug-Dreher.
Angebote unter Kl. 17 an die Exped. d. Blattes erbeten.

Kurbelstickerin 100
bei freier Wohnung, verlangt sof. Marie Hage, Aschersleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0003

Verlockend billige Preise!

Jedes Angebot ein Schlager!

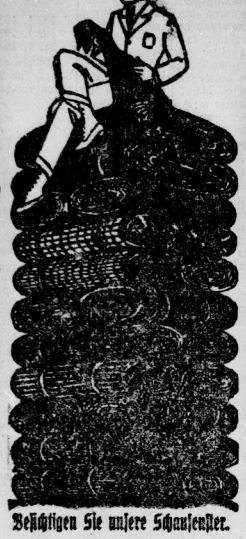
Anzugstoffe
140 cm breit, schöne moderne Dessins, nur gute haltbare Qualitäten
Mark 175,—, 125,— 100,— **75—**

Blaue Herren-Stoffe
140 cm breit, schöne Qualitäten
Mk. 150,—, 125,— **95—**

Marengo-Stoffe
für Rock-Anzüge und Paletots, 140 cm breit
Mark 225,—, 195,—, 165,— **125—**

Kammgarne
blau und farbig, 140 cm breit
Mark 315,—, 275,—, 225,— **195—**

Keine Muster-Abgabe!



Besichtigen Sie unsere Schaufenster.

Marengo-Abgabe vorgehalten!

Cheviot .. Serge
doppeltbreit, in allen modernen Farben
Mk. 150,-, 125,-, 110,- **46⁵⁰**

Hauskleid.-Stoffe
140 cm breit, haltbare Qualitäten
Mark 95,—, 65,— **46⁵⁰**

Mantel-Stoffe
140 cm breit, in vielen modernen Farben
Mark 175,—, 145,— **95—**

Damentuche
in allen modernen Farben, reine Wolle, 130/140 cm breit
Mark 210,— **195—**

Mitteldeutsche Textilgesellschaft m. b. H.

Spezialhaus für Herren- und Damenstoffe. 437 Große Ulrichstraße 12.

Spar- u. Baugenossenschaft „Eigenheim"
e. G. m. b. H., Halle a. d. S.

Einladung zur Generalversammlung
am 8. Februar 1922, in Müllers Hotel (Magdeburger Straße).
Tagesordnung: 421
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Genehmigung der Bilanz.
4. Statutenänderung.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: Paul Heimsath.

Fellsammler!
Treffpunkt bei
Gebr. Danglowitz
Fischerplan 2. 71

Lumpen
Felle
kauft zu höchsten Tagespreisen
Eisen **E. Günther** Knochen
Grafeweg 8.
Telephon 6130. 48
Papier

Allen denen, welche an *32
Hautausschlag, Ausfluß
leiden, kann Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife aufs beste empfohlen werden. J. Reinhardt, Nachfolger, Halle a. d. S. Nur Nachfolgerin ist Herba-Seife besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien.

Harnröhren-Leidende Seibertes Geschicht
werden gegen frischen und veralteten Ausfluß bei kurzer Zeit heilen. Haben bewährte Wd. Reichsprat. geschützt. an. 1 Fl. Eubalsol innerlich 32 Mk. 1 Fl. Eubalsol äußerlich 18.50 Mk. Diskrete Behandlung ohne Attendenz. Zeitbrauch Broschüre m. tausenden Anerkennungen von Aerzten und dankbaren Patienten kostenlos in versch. Kuvert ohne Aufpreis gegen 4 Mk. für Porto und Spesen.
Adler-Apotheke, Sommerfeld 118
(Bez. Frankfurt a. Oder) *35

Schuhmacher-Bedarfs-Artikel, Maß-Schäfte, Ledersohlen,
billigste Preise.
J. Roth, Leipzigerstr. 16,
Ecke Gr. Sandberg. 335

Möbel
auf
Teilzahlung!
Große Auswahl kompletter
Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polstermöbel, Kleiderschränke, Vertikos, Waschkommoden
usw. usw.
Leichte Zahlungsweise
Bequeme Monats- oder Wochenraten
Eichmann & Co.
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 51
(Eingang Schulstr.).
432

Achtung! Achtung!
Wo lasse ich mir einen **billigen und doch tadellos sitzenden Anzug nach Maß anfertigen?**
Nur in Düben a. d. Mulde, bei *94
Albert Brumme,
Neumärkerstraße 319,
gegenüber der Molkerei.
Musterlager hervorragender Neuheiten bester und tragfähigster Stoffe, der Mode entsprechend, in allen Preislagen. Garantiert guter Sitz u. gute Zutaten.
Anzüge nach Maß von 800 Mark an.
Reelle prompte Bedienung. Bescheidene Preise.
Durch Postkarte benachrichtigt, stehe ich jederzeit zwecks Mustervorlegung zu Diensten.
Umarbeiten, Reparaturen, Reinigen u. Bügeln wie neu.
Große Auswahl in Herrenwäsche, Kragen, Krawatten aller Art usw.

Nach wie vor zahlt
höchste Preise für
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle, Felle usw.
Paul Theuring,
nur Augustastraße 17, nur Tristtraße 25.
Telephon 5659 und 4363. 438
Auf Wunsch sofort kostenlose Abholung.

Geschlechtskranke! Verlangen Sie sofort aufklärende Broschüre über **Syphilis u. Harnröhrenleiden, Mannesschwäche,** über schnelle, gründliche und dauernde Heilung ohne Quecksilber, Salvarsan und andere Gifte, ohne Berufsstörung und gefährliche Nachkrankheiten eines neuen Heilverfahrens. Jeder, der obige Krankheiten beseitigen und sich vor jahrelangem Siechtum schützen will, **bestelle noch heute** die Schrift. 116 S. Preis Mk. 5.—, Porto und Nachnahme extra, in versch. Umschl. **Lätzgia-Verlag, Cassel 206.**

Anzüge nach Maß
mit und ohne Stofflieferung, von den einfachsten bis zu den elegantesten, gut und preiswert. 303
K. Heller, Stephanstraße 11.

Ich kaufe fortwährend!
Brillanten,
Gold- u. Silberwaren
Pfandscheine, Wäsche,
bessere Herren- und Damengarderobe
zu annehmbaren Preisen.
W. Eckert, 25
Nikolaistr. 6, 1. Etg.
Tel. 3345.

Vorm. Geh. Med.-Rat Dr. Schröder's Heilinstitut
für Haut- und Geschlechts-Leiden,
Halle a. d. S. **Gr. Ulrichstr. 54,** I. Tel. 6497.
Spezialkuren (ohne Berufsstörung) bei
Harnröhrenerkrankungen, Ausfluß bei Männern und Frauen, Syphilis, sex. Schwächen.
Blutuntersuchung :: Künstliche Höhensonne.
Sprechstunden des Spezialarztes: 42
Wochentag 10—1, 3½—6½, außer Mittwoch, Sonntag 10—1. — Getrennte Wartezimmer

---

Ehescheidungen, Alimente
Rechts-, Straf-, Steuersachen-Gesuche.
Tägliche Erfolge. 43
Rechtsbüro u. Detektei
W. Heß, Anhalterstr. 7 II r
3221 Telephon 3221

Regattes

20
Nur das beste besonders preiswert!
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2.

441
Ba. Mastrobfleisch, ff. Rollschinken und sämtliche feine Wurstwaren.
Fortwährend frisches Gehacktes
Von 4 Uhr an: Warme Würstchen.
Willi Bauerfeld
Groß-Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb.
Reilstraße 23. Telephon 3967.
Filiale: Friedr. Bilke, Martinstraße 3.

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Soeben erschienen!

M. PHILIPS PRICE
Die russische Revolution
(Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919)

Aus dem Inhalt: Der Petersburger Sowjet und die erste Koalition / Das erste Stadium der Agrarrevolution / Wie die Kosaken und Tataren über die Revolution dachten / Der Sturz der bürgerlichen Koalition — Alle Macht den Räten / Sabotage der Intellektuellen und der Kampf auf dem Bauernkongreß / Die internationale Gegenrevolution geht zur Offensive über *60

495 Seiten Preis: brosch. Mk. 44.00, geb. Mk. 51.00
(Organisationsausg.): „ „ 19.00, „ „ 35.00

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg

Achtung! Achtung!
Stiefelsohlen billigst! *62
Für gutes Material und saubere Arbeit wird garantiert.
Hermann Fischer,
elektr.-mechanische Schuh-Reparatur-Werkstatt,
Schmeerstraße 6, Geiststraße 38.

Filz- u. Holz-Pantoffeln.
Großes Lager Mk. Preise!
Max Fricke,
Trothaer Straße 69.
Fernsprecher 3353. 39

Bettnässen. *34
Beizeung jed. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. erteilt Versandhaus **Wohlfahrt, München,** Winthirstraße 33.

---

431 **2 Ulster,**
auch als Joppe verwendbar, Stück 120,— Mark, zu verkaufen.
Krutenbergstraße 3, im Laden.

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Bergmanns 425
Eduard Damm
möchten wir, da es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken, nur auf diesem Wege unseren Dank aussprechen. Herzlichen Dank den Rednern für die sinnreichen Worte am Grabe. Dank auch der Belegschaft Grube Alwiner-Verein und der Schwestergrube Neuglücker-Verein Nietleben für Kranz- und Geldspenden. Herzlichen Dank den Beamten und Angestellten, dem Bergarbeiter-Verband, Zahlstelle Bruckdorf und der Bezirksleitung Halle, der Bergkapelle für die schöne Musik und dem Arbeiter-Radfahrerverein Canena für die letzte Ehrung. Herzlichen Dank allen Freunden und Bekannten, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihm das letzte Geleit gaben.

In tiefem Schmerz: **Die trauernd. Hinterbliebenen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0004

Der preußische Etat im Lichte der kommunistischen Kritik

3,1 Milliarden für die Schupo — Für Kulturaufgaben und Volkswohlfahrt so gut wie nichts! — Rede des Genossen Schnetter im Preußischen Landtag

Die gestrige Sitzung des Landtages beschäftigte sich mit der Fortsetzung der ersten Lesung des Haushalts. Abg. Wiemer (DVp.) wünscht, daß das neue Preußen zum alten Preußengeist zurückkehrt. Der Unabhängige Kleinpehn fand scharfe Worte gegen das neue Steuerkompromiß und erhob erneut die Forderung der Erfassung der Sachwerte gerade vom Standpunkte der Erfüllungspolitik aus. „Ohne Sachwerterfassung keine Revision des Vertrages von Versailles!"

Abg. Schnetter (Komm.):

Herr Krüger hat geglaubt, den Vorwurf meines Parteifreundes Rogg mit dem Hinweis entkräften zu können, daß wir uns nicht genierten, den Hungernden in Rußland das Brot wegzunehmen, indem wir von Rußland Unterstützungen für unsere Partei und den Klassenkampf, den wir führen, anzunehmen. Ich muß feststellen, daß wir nicht Unterstützungen von den Hungernden in Rußland beziehen, sondern von unseren internationalen Bruderparteien. Dessen brauchen wir uns absolut nicht zu schämen! Aber mit alledem hat Herr Krüger die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß **seine Partei von Stinnes Subsidien bezieht.** Ich konstatiere, daß sozialdemokratische Blätter, und zwar sowohl die „Volksstimme" in Halle, wie die „Freie Presse" in Leipzig Unterstützungen von den Stinnesleuten beziehen, und zwar dadurch, daß sie sich einen Teil ihrer Auflage von den Kapitalisten des Leunawerks bezahlen lassen, die diese Blätter an die Arbeiter in ihren Betrieben verteilen. Warum verkaufen die Unternehmer diese Machwerke? Doch nur deshalb, weil in diesen Blättern die Interessen der Kapitalisten, der Ausbeuter in der chemischen Industrie, ganz vorzüglich vertreten werden. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Der Herr Minister Severing hat die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Beamten schmackhaft zu machen versucht. Die Verlängerung der Arbeitszeit für die Beamten bedeutet die Vorbereitung für die Abschaffung des Achtstundentages. Ich möchte den Beweis dafür erbringen, daß tatsächlich hervorragende **Vertreter der Sozialdemokratischen Partei die Verlängerung der Arbeitszeit als das A und O des wirtschaftlichen Wiederaufbaues propagieren.** (Redner zitiert einen Artikel des bekannten Sozialisten Dr. Hugo Lindemann aus den Sozialistischen Monatsheften, in dem er für die Verlängerung der Arbeitszeit eintritt und den Kapitalprofit am Produkt als ein geschichtlich gewordenes Fatum hinnimmt.)

Sie sehen also, wie die Sozialdemokratie die Verlängerung der Arbeitszeit, die Abschaffung des Achtstundentages proklamiert. Der Herr Severing beschwert sich wirklich mit Unrecht, wenn die Herren auf der rechten Seite mit ihm unzufrieden sind. (Sehr gut! bei den Komm.)

Wenn wir den Etat ansehen, finden wir, daß die rechte Seite des Hauses keine Ursache hat, Oppositionsstellung gegen die Regierung zu nehmen. Der Etat, den uns vorgestern der Herr Finanzminister eingebracht hat, ist ein getreues Spiegelbild der Machtverhältnisse im Klassenstaat Preußen. Er ist aber auch zugleich eine treffende Charakteristik der gegenwärtigen Regierung, der Regierung der Sozialdemokraten, Demokraten, Christen und Monarchisten. Der Etat verkörpert in seinen Zahlen die Diktatur des alten Preußentums. (Sehr richtig! bei den Komm.) Wie wir uns früher auch zu dem alten Preußentum und dem Militarismus stellen mochten, so mußten wir doch anerkennen, daß der Militarismus ein sehr feines Gefühl dafür hatte, wenn die Verelendung der Massen so groß wurde, daß sie das imperialistische Heer in Frage stellte. In solchen Fällen zeigte er immer große Empfindlichkeit und erhob warnend seine Stimme. In diesem Etat aber sehen wir absolut nichts, was geeignet sein könnte, die Verelendung der Massen aufzuhalten. Denn, wenn allein **das Polizeiministerium bei einem Gesamtetat von 29 Milliarden 3,1 Milliarden für sich beansprucht, die Justiz dazu 1,7 Milliarden,** so machen die Ausgaben für diese beiden Ministerien ein Sechstel der gesamten Ausgaben des Staates aus, und das alles für

Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft in Preußen-Deutschland.

(Sehr richtig! bei den Komm.)

Nach diesen Tatsachen aus dem Etat kommt es mir spanisch vor, wenn ich Herrn Dr. Wirth das Liedlein singen höre: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen". Dieser Friede auf Erden, diese Politik der Versöhnung ist durch die Blutopfer in Mitteldeutschland **gekennzeichnet.** (Sehr richtig! bei den Komm.) Der Herr Minister Severing hat sich da mit einer Schande befleckt, die unauslöschlich ist. (Sehr richtig! bei den Komm.) 144 Tote und 51 Verwundete, dazu 2 Vermißte hat allein seine Märzaktion in Mitteldeutschland gekostet. Ungerechnet die vielen Schandtaten, die die Sipo in Mitteldeutschland begangen hat.

Damit ist das System Severing eigentlich schon gekennzeichnet.

Abg. Heilmann, Berlin: Und wie steht es mit den Fehlern der Kommunistischen Partei bei der Märzaktion?

Lieber Kollege Heilmann, wir haben Fehler begangen, aber ich glaube wohl, nicht nötig zu haben, aus der bekannten grünen Broschüre zu zitieren, in der Herr Severing seine Schuld bekannt hat. Wenn wir einen Fehler begangen haben, so war es in erster Reihe der, daß wir uns von den Provokateuren Hörsing und Severing haben provozieren lassen.

Dieser Etat des Ministeriums des Innern enthält weiterhin noch einige Posten, auf die ich zu sprechen kommen muß. Wir sehen eine Position die 900 000 Mark für das Staatskommissariat für „Sicherheit und Ordnung" vorsieht, das von der Person des bekannten Herrn Weismann geleitet wird. Weiterhin finden wir in den Etat des Ministeriums des Innern die Erhöhung eines Postens von 300 000 Mark auf

eine Million für das Spitzelwesen.

Dieser Posten ist eine Schmach und eine Schande für dieses Haus, für die Demokratie, unter der wir angeblich in Deutschland leben. Ich erinnere an das Unglück, daß durch die Förderung des Spitzelwesens, dessen sich Herr Weismann und die sozialdemokratischen Minister bedienen, schon angerichtet worden ist. Erst kürzlich sind zwei meiner Freunde in Mitteldeutschland auf Grund von von Spitzeln frei erfundenen Denunziationen verhaftet worden. Unser Genosse Wiepprecht mußte monatelang und der Genosse Buhler mehrere Wochen auf diese Weise unschuldig im Gefängnis sitzen (Hört, hört b. d. Kommunisten.)

Herr Severing hat sich heute auch damit gebrüstet, daß er unsaubere Elemente, die nicht Disziplin halten wollen, aus der Sipo rücksichtslos entferne.

Ich möchte hier feststellen, daß wir beispielsweise in Halle einen Spitzel namens Weider haben, der schon in dem Prozeß gegen meinen Kollegen Kilian eine sehr traurige und beschämende Rolle gespielt hat. Dieser Schubiak ist dank des Schutzes, den er bei den konterrevolutionären Polizeioffizieren genießt, nicht aus der Sipo zu entfernen. Es ist soweit gediehen, **daß dieser Spitzel selbst den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Doltz nach Strich und Faden bespitzelt.** Das sind beschämende Zustände, die beweisen, daß der Herr Severing gegen die konterrevolutionären Spoofsiziere machtlos ist und die blutrünstige Meute unter den Sipoleuten absolut nicht in der Hand hat. Ich meine, man sollte daraus doch auch seitens der Sozialdemokratischen Partei Veranlassung nehmen, endlich mit dem Spitzelfonds aufzuräumen, der tatsächlich im schlimmsten Sinne des Wortes ein Korruptionsfonds ist.

Ueber die Justiz braucht man heute nicht mehr viele Worte zu verlieren. Nachdem das Reichsgericht im Gegensatz zu den Schreckensurteilen der Sondergerichte Mitteldeutschlands soviel Milde und Begünstigung gegen Herrn von Jagow und seine Kumpane hat walten lassen, hat sich die deutsche Justiz vor den Augen der gesamten Welt zur Dirne der Reaktion gemacht.

Die Frage des Strafvollzuges ist ein Kapitel für sich. Im Etat befindet sich unter Einnahme ein Posten von 70 Millionen Mark aus dem Arbeitsverdienst der Gefangenen; in den Ausgaben dagegen ein Posten von ganzen 8 Millionen Mark, der an die Gefangenen als Entschädigung für ihre Arbeit ausgezahlt wird. Das ist ein schwarzer Punkt im Etat, der unbedingt ausgemerzt werden muß. Wir haben in Mitteldeutschland eine Umfrage angestellt, wobei festgestellt werden mußte, daß **von 794 Frauen samt ihren Angehörigen nur 301 Frauen aus öffentlichen Mitteln unterstützt** werden (Hört, hört!) und daß alle anderen 493 in Hunger und Elend bei Stiefe und Frost verkommen müssen, weil der Staat und die Gemeinden sich ihrer Unterstützungspflicht entziehen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Diese Tatsachen sind ein Beweis dafür, daß die Klassenjustiz sich nicht allein an denen rächt, die sich nach ihrer Meinung gegen die staatliche Ordnung vergehen, sondern auch an den unschuldigen Frauen und Kindern. Wir werden bei den Verhandlungen des Ausschusses über den Justizetat den Antrag stellen, daß den Gefangenen der volle Arbeitsverdienst, den sie im Gefängnis erzielen, zugute kommt, damit sie wenigstens aus den Gefängnissen heraus ihre Familien vor dem schlimmsten Elend bewahren können.

Bei den ungeheuren Ausgaben für Polizei und Justiz ist es verständlich, wenn die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, die für sich in Anspruch nehmen, soziales Verständnis zu haben,

kein Geld für Volksbildung und Volkswohlfahrt

übrig hat. Während diese Regierung allein 2,9 Milliarden für die Schupo ausgibt, hat sie im ganzen nur 2,7 Milliarden für die gesamten Kulturaufgaben übrig. (Hört, hört! b. d. Komm.) In dieser Summe sind dabei — das muß festgestellt werden — neben 300 Millionen, die für religiöse Verdummungszwecke in den Ausgaben für die Volksschule versteckt sind, noch 202 Millionen für jene katholischen und evangelischen Müßiggänger enthalten, die des Sonntags einmal eine Predigt halten. (Rufe rechts: Pfui Teufel!)

Der Etat für Volkswohlfahrt, der nur 844 Millionen beträgt, zieht 600 Millionen Mark für die Erwerbslosen vor. Da der Herr Finanzminister vorgestern ausdrücklich betont hat, daß in Deutschland die Wirtschaft nur durch Arbeit wieder hochzubringen sei, so hätte ich auch von der Regierung erwartet, daß sie Vorschläge gemacht hätte, wie die Arbeitslosen, die wir jetzt noch haben, in die Produktion eingereiht werden können. Die 600 Millionen Mark sollten dazu Verwendung finden, um es den Arbeitslosen zu ermöglichen, durch produktive Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der Finanzminister v. Richter hat bei allem Pessimismus, den er angeblich in bezug auf die zukünftige Wirtschaftsgestaltung hat, große Hoffnungen auf die Einkehr zur Vernunft in den Ententeländern gesetzt. Er hat aber vergessen, die Kehrseite der Medaille von Cannes zu beleuchten. Es ist eine feststehende Tatsache, daß wir eine Konjunktur in Deutschland nur dadurch haben konnten, daß gewisse Teile unserer Produktionsmittel eingegangen sind in die Produkte, die wir ins Ausland gebracht haben, die aber das Ausland nicht bezahlt hat.

Diese Schleuderkonkurrenz war nur möglich auf Grund der niedrigen Löhne und der Zuschüsse, die die Regierung zu den Lebensmitteln, für den Eisenbahnverkehr, den Wohnungsbau usw. leistete. Nachdem durch den Vertrag von Cannes damit aufgeräumt wird, die Steuern verdoppelt, die Frachten und Fahrpreise erhöht und die Kohlen ungeheuer verteuert werden, wird auch bei uns in Deutschland die Produktion verteuert. Wir werden nicht mehr zu Schundpreisen auf dem Weltmarkte konkurrieren können. Daraus wird nicht allein durch diese Teuerung in Deutschland noch mehr Not und Elend erwachsen, sondern wir werden auch sehr bald eine Krise haben, und ich hätte deshalb erwartet, daß die Regierung in Voraussicht der Dinge Mittel in den Etat eingesetzt hätte, um der größten Arbeitslosigkeit vorzubeugen und Maßnahmen zu ergreifen, die dazu geeignet sind, die Herausschleuderung von Hunderttausenden von Arbeitern aus dem Produktionsprozeß zu verhindern.

Ich bin mir klar, daß nicht allein durch Einsetzung von Mitteln in den Etat diese Frage gelöst werden kann, sondern daß dies nur möglich ist durch die

Erfassung der Sachwerte in Verbindung mit einer Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Arbeiter.

Nur auf diese Weise werden wir in Deutschland billiger erzeugen, das arbeitende Volk vor Auswucherung schützen und die Finanzen wieder festigen können.

Der Redner der SPD., Herr Heilmann, hat gestern seine große Genugtuung darüber ausgesprochen, daß

das schandbare Steuerkompromiß im Reichstage

zustandegekommen ist. Dieses Kompromiß enthält alles andere, nur kein „substabares Opfer" der Besitzenden! Verkennen wir nicht, daß dieses Kompromiß erkauft worden ist dadurch, daß man die Vermögenssteuer und die Nachkriegssteuer den Besitzenden geschenkt hat, und daß auf der anderen Seite die Steuern auf den Verbrauch unerhört in die Höhe geschraubt wurden. Damit sind die Voraussetzungen für eine weitere Teuerung, zugleich zu einem weiteren Niedergang der deutschen Wirtschaft geschaffen. Wenn man unter diesen Umständen davon redet, daß ein Fortschritt, ein Erfolg erzielt worden sei gegenüber den Industriegewaltigen, dann verstehen das die Arbeiter nicht. Aber seien Sie versichert, meine Herren von der Sozialdemokratie, wir werden die Politik der zehn Punkte, die die Sozialdemokraten in den freien Gewerkschaften selbst aufgestellt haben, mit aller Energie fortsetzen und dadurch die Arbeitermassen um uns scharen zum rücksichtslosesten **Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutertum und die Stinnesregierung!** Wir führen diesen Kampf um die Verwirklichung der 10 Punkte nicht etwa deshalb, weil wir Opportunisten oder Reformisten geworden wären, deswegen tun wir es wirklich nicht. Wir tun es auch nicht deshalb, um den Kapitalismus zu retten, sondern wir tun es, weil wir wissen, daß in dem Moment, wo unter dem Drucke des Proletariats die teilweise Konfiskation der Sachwerte praktisch durchgeführt wird, auch der

Kampf um die Diktatur des Proletariats

beginnt. Nur durch diesen wird die Sabotage der Sachwerterfassung durch die Kapitalisten verhindert werden können. Das aber ist für Sie, meine Herren Sozialdemokraten, der wirkliche Grund ihres feigen Umfalls und Verrats der Arbeiterklasse in der Steuerfrage. Aber seien Sie versichert: Wir führen den Kampf um die Forderungen, die Sie selbst aufgestellt haben, mit aller Energie fort bis zum endlichen Siege! (Beifall b. d. Komm.)

Der Finanzminister Dr. v. Richter begründet darauf die Grundsteuervorlage, zu der morgen unser Genosse Katz sprechen wird.

Der Schuposkandal

Unter diesem Titel beschäftigt sich im „Tag" ein Artikel mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Schupobeamten. Diese Bestrebungen der Schupobeamten sind allen Reaktionären ein Dorn im Auge und die reaktionäre Presse ruft die Deutsche Volkspartei in der preußischen Regierung mit drohender Gebärde auf, Ordnung zu schaffen und die Schupo „schlagkräftig" zu machen. Darunter versteht man natürlich die Bereitschaft, wie bei früheren Gelegenheiten, Arbeiter niederzumetzeln und gegenrevolutionäre, antirepublikanische, militaristische Arbeit zu verrichten. Durch die Schraderschen Berufsverbände ist in der letzten Zeit ein mehr republikanisch und gewerkschaftlich geschulter Geist eingezogen, wenn auch die reaktionären Elemente in den Reihen der Beamtenschaft (von den höheren Vorgesetzten ganz zu schweigen) noch keineswegs genügend zurückgedrängt oder überwunden sind. Ein Polizeioffizier vom alten Regime, dessen Name in echt preußischer Mannhaftigkeit tapfer verschwiegen wird, schüttet in einem Brief dem „Tag" sein Herz aus, daß kein genügender Verlaß mehr auf die Willfährigkeit der Schupobeamten gegenüber konterrevolutionären Wünschen vorhanden ist. Es seien unter den Beamten viele Anhänger der USPD. und auch der KPD. und KAPD. Dieser weißgardistische Offizier fürchtet, daß es bei einer Machtprobe gegen die USPD., womit er natürlich nichts anderes meint als einen Generalsturm gegen das Proletariat, den Vorgesetzten nicht mehr gelingen könne, „ihre" Beamten zum Eingreifen zu bringen. Berufslichen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß nennt dieser offenkundig monarchistische Gegenrevolutionär „Verhetzung durch die von den Radikalen hochbezahlten Agitatoren in den Kasernen". Er spricht von „verüchtigten Persönlichkeiten", die Mitgliedsbeiträge einsammeln, Unruhen stiften und gegen die Offiziere hetzen. Daß er die Schupo nicht als republikanische Schutzwehr, sondern als militaristische Kampftruppe ansieht, erkennt man schon daraus, daß er sich gegen die selbstverständliche Forderung der Entmilitarisierung wendet und keine Entlassung aktiver Offiziere dulden will. Ohne schwere Disziplinarstrafen, wie also z. B. an den Pfahl binden und ähnliche kasernenmäßige Erziehungskuren, kann er sich kein Verhältnis von Vorgesetzten zu Unterbeamten denken. Aber die weißgardistischen Pfuischisten und Arbeiterfeinde werden sich schon daran gewöhnen müssen, daß auch in der Schupo ein neuer Geist erwacht.

Die diplomatische Front

(Eine Rede Trotzkis.)

Moskau, 25. Januar. Auf der Moskauer Konferenz der Arbeiterjugend hielt Trotzki folgende Rede:

„Als die Sowjetrepublik vor vier Jahren geschaffen wurde, glaubte niemand außer uns daran, daß sie sich halten würde. Die Bourgeoisie aller Länder hoffte, daß es ihr gelingen würde, uns zu stürzen. Es kam uns niemals in den Sinn, daß es außer der Sowjetföderation noch einer Existenz von vier Jahren keinen einzigen anderen Arbeiterstaat geben würde, und doch ist die Lage die, daß Sowjet-Rußland auch weiterhin der einzige Arbeiterstaat der Welt geblieben ist.

Die Revolution im Westen ist nicht gekommen. Die Bourgeoisie hat uns nicht gestürzt. Wenn sie uns nicht stürzen konnte, als wir noch schwächer waren, so ist es schon ganz klar, daß man uns jetzt niemals stürzen kann. Was unser Verhältnis zur europäischen Bourgeoisie anbetrifft, so kann man es mit der Reise in einem überfüllten Zuge vergleichen, wenn in einem Coupé Leute sitzen, die sagen, daß entweder der eine oder der andere den Platz räumen muß, da sie zusammen nicht fahren können, und nun anfangen, miteinander zu kämpfen und einer versucht, den andern zum Fenster hinauszuwerfen. Aber eine halbe Stunde vergeht und der Versuch ist nicht gelungen. Der Zug geht weiter und man muß versuchen, sich irgendwie miteinander abzufinden. Sie bleiben auch weiterhin geschworene Feinde, aber das Geschick zwingt sie, eine Zeit lang in demselben Waggon zu fahren. Dieser Vergleich ist eine kleine Charakteristik des Verhältnisses zwischen uns und der europäischen Bourgeoisie. Eine Zeit lang werden wir noch gezwungen sein, Seite an Seite mit den bürgerlichen Staaten zu existieren und es ist schwer vorauszusagen, wie lange diese Zeit dauern wird. Ein Resultat dessen, daß es der Bourgeoisie nicht gelungen ist, uns zu stürzen, ist die Einladung zum Internationalen Kongresse, wo die Delegierten von 45 Staaten versammelt sein werden. Dies wird der allergrößte internationale Kongreß sein, der bis jetzt stattgefunden hat. Ich zweifle sehr daran, daß wir dort diese Freunde finden werden. Es fragt sich, ob es einen Sinn hat, daß wir zu dieser Konferenz gehen. Die Arbeiterklasse Rußlands hat viel Wunder vollbracht, das größte Wunder ist, daß der Arbeiterstaat, der von allen Seiten von bürgerlichen Ländern umgeben ist, sich gehalten und diese Staaten dazu veranlaßt hat, Rußland zu der internationalen Konferenz einzuladen. Die französische Zeitung „Temps" schreibt, daß „die Sowjetregierung bis jetzt immer behauptete, daß sie sich niemals mit bürgerlichen Bevollmächtigten an den Verhandlungstisch setzen würde. Und jetzt sei sie einverstanden, mit uns zu verhandeln." Das ist Unsinn. Wir begannen unsere internationale Politik damit, daß wir gezwungen waren, zähneknirschend nach Brest-Litowsk zu gehen, wo wir mit Grafen Czernin und anderen bürgerlichen Vertretern an einem Tische saßen. Gerade die französische Bourgeoisie war es, die verlangte, man solle Sowjet-Rußland mit Stacheldraht von der übrigen Welt abschließen.

In erster Linie kapitulierte Frankreich, das sich in der Person Briands einverstanden erklärte, Rußland für die Teilnahme an der Konferenz keine Bedingung zu stellen. Es ist wahr, daß Briand, der von der französischen Bourgeoisie nicht mehr unterstützt wurde, zurückgetreten ist und das Poincaré, der Vertreter der französischen Imperialisten, seine Stellung eingenommen hat. Aber Poincaré hat schon erklärt, daß er die Notwendigkeit anerkennt, früher oder später mit Sowjet-Rußland in Verhandlungen zu treten. Es ist sehr möglich, daß die Siegerstaaten über die Bedingungen, die ihrer Meinung nach Sowjet-Rußland gestellt werden müssen, nicht einig sein werden. Aber selbst in diesem Falle werden wir nichts verlieren, wenn wir Verhandlungen führen werden, wenn auch nicht mit der internationalen Konferenz, sondern mit einigen Gruppen von Staaten. Wir machen jetzt die Beobachtung, daß eine Reihe von unseren Nachbarstaaten angesichts der Möglichkeit unserer internationalen Anerkennung sich einer gewissen Erregung bemächtigt. Denn an dem Tage, da wir anerkannt werden, werden die Dienste, die Polen und Rumänien gegen uns leisten, einen bedeutend geringeren Wert haben. Jetzt, da die Anerkennung Sowjet-Rußlands näher rückt, sind unsere geschworenen Feinde bestrebt, uns den letzten Schlag zu versetzen.

Im nächsten Frühjahr sehen wir einerseits die Anerkennung Sowjet-Rußlands und andererseits einem neuen militärischen Ueberfall entgegen. Wir müssen bereit sein, damit uns von beiden Richtungen keine Ueberraschung trifft. Wir müssen über eine starke disziplinierte Rote Armee verfügen. Unsere Rote Armee ist jetzt ein Verband der bewaffneten Jugend, dies ist ein großer Vorteil für die Rote Armee, denn die Jugend ist der revolutionärste und selbstloseste Teil des Volkes. Wir müssen diese Armee belehren und ausbilden, soviel nur in unseren Kräften steht. Die wichtigste Aufgabe des Jugendverbandes ist die Vorbereitung junger Genossen, die in die Rote Armee einzutreten haben."

Nachdem Trotzki seinen Bericht beendet hatte, nahm die Jugendkonferenz eine Resolution an, die die Politik der Sowjetmacht gutheißt und die Arbeiterjugend auffordert, der beste Bestandteil der Roten Armee zu sein.

Politische Nachrichten

Redeverbot für Klara Zetkin

Frankfurt a. M., 27. Januar. (T. U.) Der kommunistischen Abgeordneten Klara Zetkin ist französischerseits das Auftreten in einer von der Kommunistischen Partei einberufenen Versammlung im Saargebiet verboten worden.

Ein sehr bequemes Mittel, unangenehme Wahrheiten aus der Welt zu schaffen.

Amtliches Wahlergebnis in Braunschweig

Braunschweig, 27. Januar. Die Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses der Landtagswahlen im Lande Braunschweig hat folgende Endzahlen ergeben: Landswahlverband 101 004, Demokraten 28 446, Mehrheitssozialisten 52 640, Unabhängige Soz. 73 404, Kommunisten 10 518, ungültig 494 Stimmen. Es erhalten demnach Sitze: Landeswahlverband 23, Demokraten 6, Mehrheitssozialisten 12, Unabhängige 17, Kommunisten 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0005

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse. Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Schalla, Bezirks-Sekretär. **Geschäftsstunden:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. **Geschäftsstunden:** Täglich 6 bis 7 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Dienstag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, Lerchenfeldstraße 14: **Vorstandssitzung.** Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Ortsgruppe 9 und 9a. Mittwoch, den 1. Februar, abends 7½ Uhr, im „Letzten Dreier": **Mitgliederversammlung.** Referent ist anwesend. Alle Genossen bringen ihre Frauen mit.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Rotkenburg b. Könnern. Sonntag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, bei Kersten: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Was steht uns im Frühjahr bevor?

Seeben. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Glaser: **Generalversammlung.** Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Neuhalle a. Umg. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Schubert: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Religion und Schule". Redner: C. Behr, Halle. **Vorstandssitzung** am selben Tage, abends 8 Uhr, bei Schubert.

Löbejün-Wiesian. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Schwarzen Adler": **Mitgliederversammlung.** Vortrag, Neuwahlen, kommunale Angelegenheiten. Redner: Genosse Schmidt, Halle.

Zscherben. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Bolze: **Mitgliederversammlung.**

Langenbogen. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr, im Lokal „Markgraf": **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Mit dem Hunger der Arbeiterklasse soll die Finanzkrise behoben werden." Redner: Redakteur Genosse Eildermann, Halle.

Osmünde-Gröbers. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Möbslein zu Osmünde: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: „Religion und Schule". Redner: Lehrer Genosse Kukuk, Halle.

Nietleben. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": **Generalversammlung.** Vortrag des Redakteurs Genosse Drechsler, Halle.

Könnern. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, im „Bürgergarten": **Mitgliederversammlung.**

Zettin. Sonntag, den 29 Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Kamp: **Mitgliederversammlung.** Kein Genosse der am Kursus in Dölau interessiert ist, darf fehlen.

Ammendorf. Montag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, in Teichmanns Hotel: **Diskussionsabend.** Kein Funktionär darf fehlen, um sein Wissen zu bereichern.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Bitterfeld. Sonnabend, den 28. Januar 1922: **Informationskursus.**

Pouch. Sonnabend, den 28. Januar: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Oertel.

Gr.-Kroßigk. Sonnabend, den 11. Februar: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Oertel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Naundorf-Lauchhammer. Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Gasthof zum Stern": **Parteikonferenz im Bodwitzer Ländchen.** Tagesordnung: 1. Die Lage in der Partei. 2. Stellungnahme zur Abtrennungsfrage von Halle im Ländchen. 3. Parteiangelegenheiten.

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr: **Funktionärsitzung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer, Fraktionsvorsitzende müssen unbedingt anwesend sein.

Eisleben. Sonntag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": **Generalversammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Mansfeld. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, im „Preußischen Hof": **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: Politische und wirtschaftliche Notlage des Proletariats. Referent: Genosse Lademann.

Unterbezirk Merseburg.

Merseburg. Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal „Rolands Café": **Vorstandssitzung.**

Großkayna. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" zu Kleinkayna: **Mitgliederversammlung.** Thema: Die Steuerfrage. Referent: Genosse Grabow (Halle).

Gobbula. Sonnabend, den 28 Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof Kl.-Gobbula: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.** Referent: Genosse Fritz Richter, Merseburg.

Kötzschbrodaer. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.** Thema: Politische Lage und kommunistische Partei. Referent: Genosse Bühler, Merseburg.

Frankleben. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Gemeinde-Gasthof: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die neuesten politischen Ereignisse."

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Langendorf. Sonnabend, den 28. Januar, abends 7 Uhr. **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Die politische Lage und die Bedeutung der Arbeiterpresse. Ref.: Schmöller, Dürrenberg.

Bad Kösen. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung.** Thema: Die Lage in der Partei. Referent: Schippe, Weißenfels.

Hohenmölsen. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr, in der „Reichshalle", in Zeitz: **Oeffentliche Volksversammlung.** Thema: Die politische Lage. Referent: Gen. Schmöller, Dürrenberg.

Teuchern. Die Diskussionsabende werden allsonntäglich, abends 8 Uhr, in den Monaten Februar bis April stattfinden. Wir laden hiermit besonders ein zu dem 1. Abend am Sonntag, den 29. Jan., abends 8 Uhr.

Teuchern. Donnerstag, den 2. Februar, abends 6 Uhr, im großen Vereinssaale des „Grünen Baum": **Gründungs-Versammlung des Mieter-Vereins.** Thema: „Gründung, Zweck und Ziel eines Mieter-Vereins". Ref.: Herr Willi Bock, Theißen.

Zeitz. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3½ Uhr, im Lokal Steinart, Weberstr.: **Sitzung aller Vorstände der Ortsgruppen des Zeitzer Kreises.** Jede Ortsgruppe muß vertreten sein wegen wichtiger Tagesordnung.

Unterbezirk Sangerhausen.

Roßleben. Sonntag, den 5. Februar, abends 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Landtagsabgeordneter Kilian.

Reinsdorf. Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 2 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Ref.: Landtagsabgeordneter Kilian.

Sangerhausen. Sonnabend, den 28. Januar, im Lokal „Bierhalle": **Sitzung der Unterbezirksleitung.** Erscheinen aller Mitglieder der Unterbezirksleitung ist Pflicht.

Hausfrauen!
Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

Eisenbahner, heraus!

Montag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, im „Volkspark":
Große öffentliche

Eisenbahner-Versammlung.

Thema:
„Der Eisenbahnerstreik in Sachsen und seine Lehren."
Referent: Kollege **Gäbel** (Dresden).

Kollegen! Sorgt dafür, daß die Versammlung zu einem gewaltigen Protest gegen die Haltung der Reichsregierung wird.
Kein Eisenbahner darf fehlen! 424
Fraktion der kommunistischen Eisenbahner.

Modernes Theater.

417 **Nur noch einige Tage:**
Das Sensations-Programm:
Oskar Wehle, Maga d'Otero, Narziß Martens, Elvira u. Partner, Hirschberg-Jura.

Volkspark

Morgen, Sonntag: 427
Freikonzert.

„Volkspark" (kleiner Saal). 73
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Gr. Zylinder-Ball.**
Jede Dame u. jeder Herr erhält ein Zylinderhut gratis. L.-Z. Martini

B. B.B. Beths Bunte Bühne.
Vornehme Künstlerspiele.
Letzte Tage 445
des mit großem Erfolge gekrönten
Januar-Spielplans.

Wohltätigkeits-Nacht-Kabarett
am 27. Januar in „Beths Bunter Bühne" zugunsten der hiesigen Lazarett-Insassen des alten Heeres wurde
polizeilich verboten.
Es findet dafür eine
Matinee
am **Sonntag, dem 29. Januar, vormittag 11—2 Uhr,** in „Beths Bunter Bühne" statt. Gelöste Eintrittskarten haben Gültigkeit. 436
Internationale Artisten-Loge, Ortsgr. Halle a. d. S.

„Libelle" Alte Promenade 11.
Täglich abends 8 Uhr: 435
Vorzüglicher urkom. Spielplan.
Sonntag 4 Uhr: Nachmittag-Vorstellung.

Holz-Pantoffeln, Pantoffel-Hölzer,
nur prima Ware, 442
liefert billigst
Otto Fricke, Pantoffel-Fabrik,
nur Kleine Ulrichstraße 9 (Hof).
Holzpantoffeln werden repariert.

Möbel werden immer teurer!
Es empfiehlt sich daher, jetzt zu kaufen.
Wir empfehlen in großer Auswahl:
Ganze Wohnungs-Einrichtungen
sowie alle Arten **einzelner Möbel**
auf bequeme Teilzahlungen.
Kredite auch nach auswärts.
Verpackung wird nicht berechnet
N. Fuchs, Möbelhaus
Halle a. d. S. 444
Große Ulrichstraße 58, I., II., III. Etage

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

U.T.
Leipziger Str. 88.
Ellen Richter
in dem Schauspiel in 6 Akten
Das Rätsel der Sphinx.
Charlie Chaplin
in der Groteske
Chaplin schiebt Klaviere
Die neuest. Wochenberichte Brand der Sarotti-Schokoladenfabrik.
Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

U.T. 34
Alte Promenade 11 a.
Carola Toelle
in dem Schauspiel in 5 Akten nach Alexander Dumas
Kean
Eine
angebrochene Ehe.
Amerikan. Lustspiel in 5 Akten. 430
Beginn: Sonntags 3 Uhr Wochentags 4 Uhr.

C.T. Licht-Spiele gr. Ulrichstr. 51.
Erstaufführung 428 des vierten und letzten Teils
Geheimnisse v. Berlin:
Berlin-Fröbelstraße:
Im Asyl für Obdachlose.
Ferner:
Bumsdorf filmt,
mit
Gerhard Dammann.
Beginn täglich 4.00 Uhr. Sonntags 3.00 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Jubelnden Beifall erntet der Kabarett-Film:
Das Mädel vom Ballett
3 humorvolle Akte.
Persönlich Mitwirkende:
Gertrud Riegel, Gesang, **La Lysela,** Tanz.
Büchse und Lasso
V. Episode. 429
Durch Not und Tod
6 Akte.
Die Flucht vor der Liebe
Lustspiel in 2 Akten.
Beginn: Sonntag 3 Uhr.

Achtung! Achtung!
Einkauf und Verkauf
gebrauchter Garderobe,
sowie Wäsche aller Art zu angemessenen Preisen. 386
Hirsch, Brüderstraße 3 (Laden).

Stadt-Theater.
Sonntag, den 29. Januar 1922, nachmittags 3½ Uhr, bei halben Operpreisen:
Hänsel u. Gretel
Abends 7½, Ende 10¼ Uhr:
Das Dreimäderlhaus
Montag, den 30. Januar 1922, Anfang 7½, Ende 10 Uhr:
La Traviata
Oper von G. Verdi. 440

Thalia-Theater
Sonntag, den 29. Jan. 1922, 439 abends 7½ Uhr:
Magdalena.
Volksstück von Ludw. Thoma

Hallisches Operetten-Theater
am Riebeckplatz (Fernruf 6183)
Täglich abends 7½ Uhr:
Der Vetter aus Dingsda.
Operette in 3 Akten von Eduard Künneke.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Mascottchen.
Ungekürzte Abendbesetzung zu kleinen Preisen. 67
Vorverkauf täglich von ½10 bis 1 Uhr, und ab 5 Uhr nachm. an der Theaterkasse.

Zoo.
Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3½ bis 6½ Uhr:
Konzert
Philharmon. Orchester.
Leitung: *106
Obermusikmeister Karl Steuer.

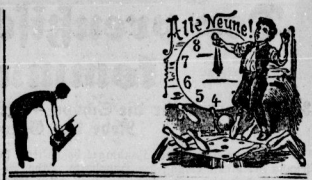
Ulster
in haltbaren Qualitäten
Stück **230 u. 280 M.**
nur solange Vorrat reicht.
E. Spangenberg,
Krukenbergstraße 1, II.

Gummi-
waren-Versand.
Liste Nr. 9 einfordern.
E. Kertzscher,
Leipziger Str. (Ecke Poststr.) 45

Allerhöchste Preise
für Bruch u. Gegenstände als
Silber, Gold, Platin
zahlt
Hauffe, 70
Krukenbergstr. 26, pt., und Große Steinstraße 40, I.

Reparaturen
an **Uhren**
sowie Gold- und Silber-Gegenständen u. Schmucksachen übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preis.
H. Lerner, 14
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstraße 85
(gegenüber Barfüßerstraße).

Bl. Konfirm.-Anzug
billig zu verkaufen 395
Thomasiusstr. 4, Keller, lks.



Jeder Kegelklub
ob groß oder klein, benötigt Drucksachen!
Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

Wichtig für Gemeindevertreter.
„Wer unterstützt die Familien der Märzopfer"
Eine Umfrage in Mitteldeutschland.
Von **Georg Schumann,** Mitgl. des Preuß. Landtages.
Preis Mk. 2,50.
Zu haben:
Bezirksbuchhandlung, Halle, Lerchenfeldstr. 14
Volksbuchhandlung, Halle, Harz 42/44.
Buchhandlung Merseburg, Markt 7.
Buchhandlung, Zeitz, Bismarckstraße 4.
Buchhandlung Eisleben, Breiter Weg 8.
Buchhandlung Wittenberg, Juristenstraße 11
und bei den Vertrauensmännern der Kommunistischen Partei.

Schleifen
Stück 12,00 **7,50**
Dauerwäsche-Vertrieb,
Kleiner Berlin 2 eine Treppe. Eingang Stemstr. 419

Wittenberg.
Wilh. Freudenbergs Etablissement.
Sonntag, den 29. Januar 1922:
Großer Vereins-Maskenball.
Die drei schönsten Damen- und die zwei originellsten Herren-Masken erhalten Preise.
Anfang 4 Uhr. Einlaß der Masken 5 Uhr.
Wozu freundlichst einladet
80 **Der Vorstand.**

„Insel Helgoland"
Piesteritz.
Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr:
Männer-Fastnachten
verbund. mit **Preisschießen u. gr. Ueberraschungen.**
Um zahlreichen Zuspruch bitten 79
Das Komitee. Der Wirt.

Empfehle
Wollwaren
Schnittwaren
Kurzwaren
u. Korbwaren
zu soliden Preisen. 8
Paul Langhammer,
Mühlberg.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.

Lichtspiele Piesteritz.
Das große Programm für Freitag bis Sonntag, nur 3 Tage
Das Panzergeschoß.
4. Teil:
Im Wasser und unter der Erde.
Sensationsfilm in 6 Akten
Die vorhergegangenen Teile werden kurz wiederholt.
Zwischen den Dreien.
Erstklassiges Schauspiel in 5 Akten. Darsteller nur erstklassige Kräfte.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 und 8 Uhr. 75

Theater-Café Mansfelderhof
Eisleben. Täglich Eisleben.
Künstler-Konzerte.
Nachmittags 4—6 Uhr. Abends 8—12 Uhr.
Ausgeführt vom Künstler-Trio: 1
Becker | **Schröd** | **Billges**
Angenehmer Aufenthalt.
Direktor A. W. Meth.

Annahmestelle
Hüte zum Umpressen,
Färberei u. chemisch. Reinigung
sowie 26
Pelzfärberei u. Umarbeitungen
Zeuner, Eisleben, Markt 5.

Ein Gehrock zu verkaufen,
ein Kindermantel zu kauf. gesucht,
37 Zu erfragen: Eisleben, Zeisingstraße 5, I. l.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Halle, den 28. Januar 1922

In der Achse des Stadtverordnetensaales sitzt ein Keil (Geheimer Justizrat und Notar), der die Linke von der Rechten trennt. Er saß schon im Dreiklassenparlament auf dem Vorsteherstuhl, handhabt mit der Rechten einen Holzhammer und drückt mit der Linken nur dann rechtzeitig auf den Knopf der Alarmklingel, wenn die Rechte wegen wichtiger Abstimmungen aufgefüllt werden soll. Er greift fast nie in die Debatte ein, sondern arbeitet mehr im Stillen und in den alten Traditionen. Als verbissener Kommunistenfresser nimmt er es nicht so genau mit der Geschäftsführung gegen Kommunisten. Wenn er von diesen auf seine parteiische Geschäftsführung hingewiesen wird, so ist er meistens sehr erregt, seine Stimme schnappt dann über und er kommt sich wohl dann selbst sehr lächerlich vor. Der Turkestaner.

Döltz wird nicht großzügig!

Der sozialdemokratische Polizeidirektor von Halle, Herr Döltz, sendet uns folgende Berichtigung:

In der Nr. 17 des „Klassenkampf" vom 20. Januar 1922 steht ein Artikel, überschrieben mit „Döltz wird immer großzügiger" und in der Nr. 18 vom 21. Januar 1922 ein solcher mit „Kommunistenjagd". Beide Artikel entsprechen nicht den Tatsachen. Gemäß § 11 des Reichspressegesetzes vom 7. Mai 1874 werden Sie hiermit ersucht, in der nächstfolgenden Nummer des „Klassenkampfes" die nachstehende Berichtigung aufzunehmen:

1. Es ist nicht richtig, daß in der Ludwig- und Canstein straße eine Kommunistenjagd abgehalten wurde.
2. Richtig ist, daß in den Häusern Ludwigstraße 19 und 41 nach aus den Zuchthäusern entsprungenen Strafgefangenen gesucht wurde. Die getroffene Absperrung war erforderlich.

Döltz.

Acht Tage hat es bei Herrn Döltz gedauert, bis er sich überlegt hat, ob er großzügiger wird oder nicht. Und das Ergebnis ist, daß er nicht großzügiger wird. Aber großzügig bleibt er doch in Berichtigungen an die kommunistische Presse: „Beide Artikel entsprechen nicht den Tatsachen!" Ja, Herr Döltz, was ist nun nicht wahr? Daß Sie nicht großzügig sind und die Organisierung von Razzien noch nicht so raushaben wie Ihr Parteifreund Richter im Berliner Polizeipräsidium, oder daß keine „interessanten" Haussuchungen des Nachts stattgefunden haben, wo man aus dem Zuchthause Lichtenburg entsprungene politische Strafgefangene suchte. Und um einen solchen politischen Strafgefangenen handelte es sich doch, Herr Döltz!

• **Achtung, Eisenbahnerfraktion!** Heute abend, 6½ Uhr, sehr wichtige Besprechung in der Produktiv-Genossenschaft. 2. Etage, Abteilung Gewerkschaften. Kein Genosse darf fehlen, jede Dienststelle muß vertreten sein.

• **Achtung, Kartellfraktion!** Mittwoch, den 1. Februar, abends 7½ Uhr, findet im kleinen Zimmer der Produktiv-Genossenschaft eine wichtige Sitzung aller Genossen statt, die dem Gewerkschaftskartell angehören. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

• **Kommunistische Jugend.** Sämtliche Mandolinenspieler und Theaterspieler treffen sich morgen, nachmittag um 5¼ Uhr, am Hauptportal des Bahnhofes zur Fahrt nach Langenbogen (Elternabend). Das Erscheinen der Mandolinen- sowie der Theaterspieler ist proletarische Pflicht.

• **Bau- und Möbeltischler.** Am Dienstag, dem 31. Januar, nachmittags ½5 Uhr, findet bei Wilsdorf, Karlstraße, eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht der Schiedsspruch im Landesvertrag.

• **Eine Legende.** Uns wird geschrieben: Die Erwiderung des Genossen Urban auf meine Berichtigung zeigt von neuem, daß Legenden weiterleben, auch wenn sie totgeschlagen waren. Trotzdem will ich nochmals versuchen, eine solche Legende zu zerstören. Die Kartellversammlung, die Genosse Urban meint, fand am 7. April 1921 in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus" statt. Nach Schluß dieser Versammlung, als die Teilnehmer unter großer Unruhe schon den Saal verließen, ließ plötzlich der Genosse K., der sich den ganzen Abend nicht zu Wort gemeldet hatte, seine Stimme erschallen und erzählte den noch anwesenden Genossen, ich, der Gewerkschaftssekretär Wielepp, hätte vor Beginn der Versammlung im Gastzimmer die Aeußerung getan: „Die Spaltung der Gewerkschaften muß vorgenommen werden, und in Halle muß der Anfang gemacht werden." Diese Unterstellung empörte mich so stark, daß ich meine Ruhe verlor und dem Genossen K. zu Leibe gehen wollte. Zu einer sachlichen Erwiderung war ja keine Gelegenheit mehr, da die Versammlung geschlossen war. Verstehen kann ich es, daß meine Gegner die mir in den Mund gelegte Aeußerung damals gegen mich ausschlachteten und meinen Widerspruch unbeachtet ließen. Ich hätte aber geglaubt, daß nach fast einem Jahre, während welcher Zeit meiner Tätigkeit gezeigt hat, daß ich alles andere als Spaltungsarbeit leistete, diese oben erwähnte Legende nicht mehr auftauchen würde. Ich bedauere, daß Genosse Urban diese Geschichtsfälschung, die nur auf einem starken Irrtum des Genossen K. beruhen kann, in seinem Rückblick auf die Hallische Gewerkschaftsbewegung mitverwendet hat. Ich erkläre deshalb nochmals, daß ich oben erwähnte Aeußerung oder eine ähnliche nie getan habe. Alfred Wielepp.

Es wäre vom Genossen Wielepp richtiger gewesen, wenn er der Aeußerung des Genossen K. entgegengetreten wäre, dann wäre diese „Legende" nicht entstanden. Die vom Genossen Urban angezogenen Genossen haben aber von einem Widerspruch Wielepps nichts wahrgenommen. Als Gegner ist der Genosse Wielepp von uns niemals bezeichnet worden.

• **Ernst Tollers Wandlung.** Zu der Vorlesung von Ernst Tollers „Wandlung", die der Arbeiter-Bildungsausschuß durch den Schauspieler Josef Krahe am Sonntagabend, 8 Uhr, in der Aula der Talamtschule, Dreyhauptstraße 3, zu Gehör bringen läßt, sind noch Eintrittskarten zu 3 Mk. an der Abendkasse zu erhalten.

• **Stadttheater.** Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, geht bei halben Opernpreisen die Märchenoper „Hänsel und Gretel" von Humperdinck in Szene. Sonntag abend 7½ Uhr „Das Dreimäderlhaus". Montag 7½ Uhr „La Traviata". Dienstag wird das Märchenspiel „Schwanenweiß" zum ersten Mal wiederholt. Mittwoch gelangt die komische Oper „Die neugierigen Frauen" zur Aufführung. Donnerstag „Figaros Hochzeit"

• **Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, das Volksstück „Magdalena" von Ludwig Thoma zur Aufführung. Eintrittskarten sind zu haben an der Kasse des Stadttheaters sowie eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung im Thalia-Theater.

• **Freie Volksbühne.** (Thalia-Theater.) „Der eingebildete Kranke." „Ein Heiratsantrag" Spieltage J Montag, den 30. Januar, K. Mittwoch, den 1., L. Donnerstag, den 2., M Sonnabend, den 4., N. Montag, den 6., A. Mittwoch, den 8. Februar.

An die Kollegen des DMV. Halle

Morgen wird die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Notwendiger denn je ist heute die Einheitsfront der Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften. Wir sind der Meinung, daß alle Kollegen, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit, an der Ausbreitung unserer Organisation mitzuarbeiten haben, daß alle Kollegen verpflichtet sind, aus unserem Verband eine scharfe Waffe des Klassenkampfes zu machen.

Die KPD.-Fraktion hat alles versucht, um auch bei den Hallischen Metallarbeitern diese Zusammenarbeit zu ermöglichen. Sie hat den Kollegen von der USPD. und SPD. den Vorschlag gemacht, daß sie zu der Ortsverwaltung sechs Kollegen stellt, während USPD. und SPD. vier Kollegen in die Ortsverwaltung wählen sollen. Diesen Vorschlag konnten unsere Genossen mit gutem Gewissen machen, da die KPD. nachweislich in allen Mitgliederversammlungen die überwiegende Majorität besitzt. Köster und seine Freunde, die immer die Einheitsfront im Munde führen, stellen alles an, um sie unmöglich zu machen. Sie verlangen diktatorisch die Mehrheit, um ungestört auch im nächsten Jahre mit dem Unternehmertum in holder Arbeitsgemeinschaft Kompromisse machen zu können auf Kosten der gesamten Mitgliedschaft.

Die Kommunisten treten ein:

für die Einheitsfront des Proletariats — gegen die Zersplitterung der Arbeiterschaft;
für eine revolutionäre Politik des Verbandes — gegen die Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten;
für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte — gegen die Willkür des Unternehmertums;
für die Erfassung der Sachwerte — gegen die Steuerausplünderung der Arbeiter.

Alle Verbandskollegen, welche für vorstehende Forderungen zu kämpfen bereit sind, unterstützen morgen die

Vorschläge der KPD.-Fraktion

• **Freie Volksbühne.** Als 10. Opernaufführung im Stadttheater ist für die Mitglieder der Freien Volksbühne „Figaros Hochzeit" von Mozart für Donnerstag, den 2. Februar erworben. Die Oper wird am Sonnabend, dem 4 Februar, wiederholt. Der Kartenverkauf zu diesen beiden Tagen beginnt am Freitag, dem 27. Januar, von 6 bis 8 Uhr in der Geschäftsstelle und wird an den folgenden Tagen von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr fortgesetzt.

• Die „Internationale Artistenloge" wollte für die Kriegsinvaliden, die noch jetzt in den Hallischen Lazaretten ausgeheilt werden, einen Wohltätigkeitsabend veranstalten. Diese Veranstaltung mußte ausfallen. Dafür findet am morgigen Sonntag, vormittag von 11 bis 2 Uhr, in „Beths Bunter Bühne" eine Matinee statt. Gelöste Eintrittskarten haben Gültigkeit.

• **Zoologischer Garten.** Morgen, Sonntag, von 3½ Uhr nachmittags an, konzertiert das Philharmonische Orchester unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer. (Siehe Anzeige.)

• **Ein Opfer der Autoraserei.** Gestern abend wurde in der Nähe des Leipziger Turmes ein etwa zehnjähriger Junge von einem Lastauto in schneller Gangart überfahren. In besinnungslosem Zustande mußte er nach der Klinik gebracht werden.

• **Brennender Eisenbahnwagen.** Am Freitagnachmittag wurde die Feuerwehr nach der Hindenburgstraße gerufen, wo durch Funkenflug aus einer Lokomotive ein mit Stroh beladener Eisenbahnwagen in Brand geraten war. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte sie wieder abrücken.

• **Aus dem Polizeibericht.** Am Mittwochabend wurde in der Hermannstraße in eine Bodenkammer eingebrochen und Leibwäsche gestohlen. Die Ermittelungen nach den Tätern sind aufgenommen. — In der Zwingerstraße mißhandelte ein Eisenbahnarbeiter in der Trunkenheit in seiner Wohnung seine Ehefrau schwer, worauf sie ihm einen Topf kochendes Wasser ins Gesicht schüttete. Der Ehemann wurde durch die erlittenen schweren Brandwunden der Rettungswache zum Verbinden zugeführt.

• **Feuerversicherungsschwindler.** Mitte Januar erschwindelte sich ein etwa 40 Jahre alter Mann von einer hier wohnhaften Witwe einen größeren Geldbetrag für die angeblich fällige Feuerversicherungsprämie, indem er sich fälschlich als Beauftragter einer Feuerversicherung ausgab. Als Quittung ließ er ein ausgefülltes Wechselformular zurück. Vor dem Schwindler sei hiermit gewarnt. Wer Angaben zu seiner Ermittelung machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 76 oder 67, zu melden.

Wöllberg-Wörmlitz

Eine öffentliche Versammlung hielt am Donnerstag die KPD. im Gasthof zu Wörmlitz ab. Genosse Otto Müller behandelte das Thema. Steuerraubzug und die Erfassung der Sach- und Goldwerte. Er zeigte den Versammlungsbesuchern das Steuerprogramm der Regierung, das die Arbeiter in eine ungeheure Unterdrückung und Not führen muß. Auf der anderen Seite aber sehe man die Kapitalisten, die sich um die Not des Staates nicht kümmerten. Nur daß die Sozialdemokraten Schritt für Schritt vor dem Kapital zurückwichen, sei die Ausplünderung der Arbeiter möglich. Wenn die Arbeiter, die kleinen Beamten und Handwerker nicht von den Steuern erdrückt werden wollen, dann müssen sie gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern für die Verwirklichung der zehn Punkte des ADGB. und zur Errichtung einer Einheitsfront des Proletariats kämpfen.

Ammendorf

Aus der Partei. Am Mittwoch fand in Teichmanns Hotel unsere Generalversammlung statt. Genosse Pilger gab den Vorstandsbericht und Genosse Rothe den Kassenbericht. Es konnte festgestellt werden, daß die Ortsgruppe stark und gefestigt dasteht. Dem Sozialdemokrat Hörsing ist es nicht gelungen, die kommunistische Bewegung zu zerschlagen. Auch die Hetze der SPD. und USPD. hat unserer Bewegung nichts tun können. Unser Mitgliederbestand zählt 512 Mitglieder. Für die Produktiv-Genossenschaft sind bis jetzt 37 220 Mark gezeichnet worden. Unser „Klassenkampf" hat 769 feste Abonnenten. Es gilt für die Genossen, noch fleißig zu agitieren. Die Aussprache zeigte, daß die Genossen von frischem Mut beseelt sind und mit der besten Hoffnung in das neue Geschäftsjahr eintreten. Sie werden das Vertrauen, das sie bis jetzt bei der arbeitenden Bevölkerung hatten, auch weiterhin nicht täuschen. Also Genossinnen und Genossen, vorwärts, an die Arbeit! Die Revolution hat keine Zeit! sagt Karl Liebknecht. — In den Vorstand wurden die alten Mitglieder wiedergewählt. Für die Märzopfer wurden gesammelt: Vergnügen der Landarbeiter bei Schunke, 111 Mark; Baustelle Kornhagel bei Lindner 233,55 Mark. Als Opfer des Weißen Schreckens hat Ammendorf noch trotz der großen „Gnadenaktion" von Fritz Ebert 17 Familien mit 30 schulpflichtigen Kindern zu beklagen, die von der „Roten Hilfe" noch unterstützt werden.

Aus dem Gerichtssaal

Der Staat braucht Geld

Der Schlosser Hamberger und der Schweißer Lindner aus Bitterfeld hatten auf dem Elektron-Werk in Bitterfeld nach und nach Kupferabfälle, Hamberger vier Zentner, Lindner zwei Zentner, entwendet, die sie an den Produktenhändler Engel für 20 Mk. per Kilo weiterverkauften, der es für 45 Mk an den Altwarenhändler Müller in Leipzig weitergab, der dann das Kupfer sofort für 50 Mk. das Kilo weiter verschob. Die ersten beiden Angeklagten mußten sich wegen Diebstahls, die letzteren wegen Hehlerei verantworten. Der noch jugendliche Hamberger wollte sich durch den Kupferdiebstahl die Mittel für den Besuch des Technikums in Frankenhausen beschaffen. Er hat nach beendeter Lehrzeit Privatunterricht in Mathematik genommen und durch Selbstunterricht sich die nötige Vorbildung angeignet. Die Anmeldung auf dem Technikum war bereits erfolgt. 1000 Mk. hat er dem Elektron-Werk bereits zurückgezahlt. Dem Linder waren zwei Schweine kreiert, um sich neue kaufen zu können, nahm er die dort achtlos umherliegenden Abfälle mit. Der Altwarenhändler Engel hat zweimal von den Beiden im ganzen sechs Zentner Kupfer gekauft. Bei der polizeilichen Vernehmung gestand er ein, daß ihm bekannt war, daß es sich um gestohlene Ware handelte, der Umstand, daß er es morgens um 5 Uhr auf dem Felde hinter einer Gartenhecke übernahm, sprach dafür. Müller wollte nicht gewußt haben, daß es Diebesgut ist, doch hatte er diesen Kauf und Verkauf, entgegen seiner früheren Gewohnheit, nicht in seinem Geschäftsbuch eingetragen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Hamberger neun Monate, Lindner sechs Monate Gefängnis, gegen Engel und Müller je ein Jahr Zuchthaus wegen gewerbsmäßiger Hehlerei. Das Urteil lautet gegen die beiden ersten Angeklagten auf sechs Monate Gefängnis mit einer dreijährigen Bewährungsfrist, zudem müssen die Angeklagten den dem Werke entstandenen Schaden ersetzen, Hamberger jeden Monat 200 Mk., Lindner, da er verheiratet ist und zwei Kinder hat, monatlich 150 Mk. Auch die beiden anderen Angeklagten kamen mit sechs Monaten davon, doch sollen sie drei Monate absitzen. Bei guter Führung im Gefängnis werden ihnen die letzten drei Monate erlassen, wenn sie eine Geldbuße von 3000 Mk. bezahlen. — Und wenn sie die 3000 Mark nicht haben, nach ihren Angaben haben sie sie nicht, dann müssen sie noch drei Monate ins Gefängnis.

Der Reiche bezahlt seine Strafe mit einer Handbewegung, der Arme muß brummen und das Ganze nennt man dann — preußische Strafvollzugsreform.

Sport

S. J. C „Minerva" 09". Spiele für Sonntag, den 29. Januar: I. Mannschaft — Gröbers I. Treffpunkt ½ 11 Uhr am Hauptbahnhof, Abfahrt 10,50 Uhr. II. Mannschaft — Sportlust II. ½2 Uhr. Treffpunkt 2 Uhr „zur Erholung". III. Mannschaft — Sportlust III. ½2 Uhr. Treffpunkt ½ 1 Uhr „zur Erholung". II. und III. Mannschaft spielt auf dem Minerva-Platz am Rosengarten.

Turn- und Sportverein „Richter", Halle (Fußballabteilung). Am Mittwoch, dem 1. Februar, abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung der Fußballabteilung im „Wolfspark". Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, müssen alle erscheinen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Richard Schnetter für Anzeigen Fritz Krob Druck und Verlag Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Sind Lungenleiden heilbar?

Bei Asthma, Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Schwindsucht, Lungenspitzen-Katarrh, veralteten Husten, Verschleimung, langbestehender Heiserkeit lese jeder die Broschüre mit obigem Titel. Der Verfasser, Herr Dr. med. Guttmann, Chefarzt der Finanzlokalanstalt, zeigt darin in volksverständlicher Weise, natürliche Wege zur Beseitigung dieser schweren Leiden. Jeder Kranke erhält diese Broschüre auf Wunsch vollständig umsonst. Man schreibe nur eine Postkarte an 55

Puhlmann & Co., Berlin 478, Müggelstraße 25 a.

Hiermit bestelle ich vom ..... den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

mit der täglichen Beilage: „Leben, Wissen, Kunst", den Beilagen: „Kämpfende Jugend" und „Die kommunistische Frau" zum Preise von 11 Mark monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Name: .....

Ort: ..... Straße: .....

Diesen Bestellschein bitte im Kuvert als offene Drucksache mit 50 Pf. frankiert an uns gelangen zu lassen: Halle, Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße 14. — Alle Abonnements- und Anzeigengelder sind nur auf das Postscheckkonto Leipzig 100888, Fritz Krob, Halle, einzuzahlen.

Postbezieher geben die Bestellung sofort bei ihrem zuständigen Postamt auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0007

Aus der Provinz

Unser Nachrichtendienst

Die Erfolge der Partei hängen zum großen Teil ab von der klaren Erkenntnis der politischen Lage und der Stimmung der Massen. Es ist deshalb für die politische Leitung von größter Wichtigkeit, aus den Betrieben heraus wahrheitsgetreue Berichte zu erhalten. Es wird dadurch der Leitung ermöglicht, alle ihre Handlungen nach den wirklich gegebenen Verhältnissen und Voraussetzungen einzurichten. Darüber hinaus muß die Partei genau von allen Vorgängen auf politischem und ökonomischem Gebiet unterrichtet sein. Ferner müssen wir alle Maßnahmen der Unternehmer und aller unserer Gegner kennen. Die Bourgeoisie verfügt über einen weitverzweigten, gut organisierten Nachrichtenapparat mit allen technischen Hilfsquellen. Wir sind auf die opferfreudige Mitarbeit der Genossen angewiesen. Auch der Treibe der Gegenrevolution müssen wir erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Man ist heute mehr wie bisher bemüht, Spitzel in unsere Reihen zu senden. Ein guter Informations- und Nachrichtendienst kann auf allen diesen Gebieten gute Dienste leisten. Alle Vorgänge auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, sowie alle Beobachtungen der Orgesch und ihrer Organe, wie Spitzel usw., müssen sofort, schnell und ausführlich gemeldet werden. Jeder Distrikt, Ort und Betrieb muß seinen ständigen Berichterstatter haben. Dieser muß laufend über alle wichtigen Vorgänge innerhalb und außerhalb der Arbeiterschaft Bericht erstatten. Nur durch die eiffrige Berichterstattung kann die enge Verbindung zwischen der Parteileitung und den Mitgliedschaften hergestellt werden, die von den Genossen überall gewünscht wird und die so ungeheuer wichtig für eine fruchtbringende, revolutionäre Arbeit unserer Partei ist.

Tagung des Unterbezirks Torgau-Liebenwerda

Eine sehr gutbesuchte Konferenz des Unterbezirks fand am letzten Sonntag in Falkenberg statt. Auffallend war der bei allen Teilnehmern herrschende Kampfgeist und der Wille zum Kampf gegen die rapide Steigerung des Elends im Proletariat. Es war die bestbesuchteste Konferenz seit der Märzaktion. Von der Bezirksleitung sprach Genosse Sämisch über die Krise in der Partei. In der kurzen Debatte kam einstimmig zum Ausdruck, daß die Zentrale diesen Kurs einhalten soll. Gegen die Ausführungen des Genossen Sämisch wurde nicht gesprochen.

Einstimmig wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die am 22. Januar tattfindende Unterbezirkskonferenz für die Kreise Torgau-Liebenwerda-Schweinitz billigt das Verhalten der Zentrale und erwartet, daß sie den Ausschluß aller derjenigen vornimmt, die sich Verstöße gegen die Parteidisziplin zuschulden kommen lassen."

Der bisherige Unterbezirksleiter, Genosse Schmidt, verläßt auf eigenen Wunsch seinen Posten und so wurde an seine Stelle der Genosse Alfred Holzweißig gewählt. Die Wahl erfolgte einstimmig mit der Maßgabe, daß der Sitz vom 1. Februar an nach Torgau verlegt wird.

Ueber die Organisation sprach Genosse Schmidt. Hierin bestehen große Mängel. Er zeigte an vielen Beispielen, wie rückständig in vielen Ortsgruppen die Organisation noch arbeitet. Es wurde dann in der langen und lebendigen Aussprache anerkannt, daß diese organisatorische Frage für unsere Partei die größte Bedeutung hat.

Ueber die Parteibewegung des Bockwitzer Ländchens wurde von einem Vertreter aus Plessa mitgeteilt, daß seit der Abtrennung vom Bezirk dort eine Interessenlosigkeit sehr zum Schaden der Partei eingetreten sei. Die Konferenz erwartet von der Zentralausschuß-Sitzung die Wiedergangliederung.

Ueber die Presse sprach der Genosse Tominsky aus Wittenberg und wies auf die noch sehr großen Aufgaben hin. Er schilderte ausführlich den Kampf mit der organisierten Reaktion gegen unser Kopfblatt. Die Geschäftsleute, Gewerbeverbände usw. wollen unserem Blatt den Garaus machen. Sie stellen jeden Geschäftsmann an den Pranger, der im „Klassenkampf" inseriert. Soweit geht also die Aktion der gekauften Arbeiterfeinde selbst in den Geschäftskreisen. Hier muß unsere Partei und die gesamte Arbeiterschaft schleunigst eingreifen. Die Richtlinien gab die Konferenz.

Im Verschiedenen wurde noch die Jugendfrage sowie die Landratsfrage in Torgau behandelt. Auch die Stellung der Mühlberger Stadtverordnetenfraktion der KPD. bezüglich der eventuellen Mandatsniederlegung sämtlicher Genossen wurde besprochen.

Im Schlußwort konnte Genosse Schmidt auf die außerordentlich ergiebige Arbeit der Konferenz hinweisen. Es wurden alle strittigen Punkte in der Partei geklärt, so daß der Unterbezirk in voller Geschlossenheit zur weiteren Arbeit bereitsteht. Möge nun in allen Ortsgruppen eine ausführliche Berichterstattung stattfinden, damit auch alle Mitglieder selbst sich klarheit verschaffen können. Unsere Partei marschiert, weil sich unsere Taktik als die richtige erwiesen hat.

Zu den Tarifabschlüssen der Landarbeiter

In diesen Tagen finden in fast allen Kreisen der Provinz Sachsen Konferenzen der Landarbeiter statt, auf denen der neuen Tarifen Stellung genommen werden soll, damit dann die von den Kreiskonferenzen gewählten Vertreter sich mit den Kreisleitern und den Großgrundbesitzern zusammen an den Verhandlungstisch setzen und den Tarif „machen". Es ist notwendig, einiges zu den Tarifen zu sagen, wie sie den Arbeitern in der Landwirtschaft vorgelegt werden.

Arbeitszeit: Schon immer wurde der Landarbeiter unter Ausnahmegesetze gestellt und so auch heute noch in Bezug auf die Arbeitszeit. Die meisten Tarife sehen bei 300 Arbeitstagen 2675 Arbeitsstunden vor, während für den Industriearbeiter 2400 Stunden oder der Achtstundentag gilt. Es müssen die Landarbeiter die Arbeitszeit herabsetzen auf 7, 8, und 9 Stunden in den verschiedenen Jahreszeiten, so daß 2400 Stunden herauskommen. Es ist ferner darauf zu achten, daß der Weg vom Hof bis zur Arbeitsstätte in die Arbeitszeit eingerechnet wird. **Die Arbeitszeit beginnt und endet auf dem Hof.**

Betriebsräte: Kein Betriebsrat oder Obmann darf wegen seines Eintretens für die Erfüllung des Tarifes entlassen werden. Dasselbe gilt auch bei Krankheit oder Unfall.

Urlaub: Jeder in der Landwirtschaft Beschäftigte hat Anspruch auf Urlaub, soweit er länger als sechs Monate ununterbrochen tätig gewesen ist. Dieser Passus muß in den neuen Tarif kommen. Wenn ein Landarbeiter das ganze Jahr schuftet, dann muß ihm Gelegenheit gegeben werden, sich einige Tage erholen zu können.

Akkordarbeit ist grundsätzlich abzulehnen. Frauen dürfen zur Arbeit nicht gezwungen werden, sondern ihre Arbeit ist eine freiwillige.

Verlohn: Da die Landarbeiter immer von ihren Arbeitgebern auf ihre Deputatbezüge verwiesen werden, wenn sie höhere Barlöhne fordern, muß bei dem jetzt abzuschließenden Tarif auf die gewaltige Steigerung aller Bedarfsartikel Rücksicht genommen werden. Wenn die Barlöhne ungefähr in derselben Linie wie die Produkte sich bewegen sollen, dann müssen die Löhne der Landarbeiter das 30fache der Friedenslöhne betragen.

Deputat: Die Großagrarier wollen die Preise für Deputatgetreide genau so hoch setzen wie es dem Weltmarktpreis entspricht. Das soll dann die Zulage für die Landarbeiter sein. Hier ist Obacht am Platze.

Deputatland: Es ist richtiger, daß die Landarbeiter anstatt Kartoffeland Kartoffeln fordern.

Deputatzahlung hat monatlich zu erfolgen, Barlohn wöchentlich.

In Krankheitsfällen muß das Deputat weitergegeben werden.

Die Tarifverhandlungen werden jedenfalls heftige Debatten auslösen, denn die „armen" Großagrarier werden sich sträuben, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Dann müssen, wenn die Arbeitgeber den Landarbeitern den geschlossenen Widerstand des Landbundes entgegensetzen, alle Landarbeiter in eine geeinte Front treten und den Kampf aufnehmen. Es ist aber auch Aufgabe der Landarbeiter, darüber zu wachen, daß nicht, wie in Wanzleben, der Tarif schon gedruckt fertig ist. **Seht Euren Führern auf die Finger!**

Verringerte Einnahmen bei der Reichspost

Im Reichspostministerium werden gegenwärtig Erhebungen über den **Rückgang des Brief-, Telegramm- und Telephonverkehrs** angestellt. Nach zuverlässigen Informationen hat sich beim Brief- und Telegrammverkehr ein **Rückgang von nahezu 50 Prozent seit Einführung der erhöhten Gebühren** bemerkbar gemacht. Für den Rückgang der Einnahmen aus dem Ferntelephonverkehr liegen noch keine abschließenden Zahlen vor. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß sich eine auffällige Verringerung des Briefverkehrs bemerkbar macht. Der Versand von Drucksachen, Offerten usw. hat sehr stark abgenommen. Sehr stark hat auch die Beförderung von Stadttelegrammen und Rohrpostbriefen gelitten.

Trotzdem (oder gerade deswegen?) sind bereits neue Erhöhungen der Postgebühren angekündigt. Nur so zu!

Befugnis des Mieteinigungsamtes, seine eigenen Entscheidungen abzuändern

Bis jetzt war fast allgemein die Ansicht verbreitet, die Entscheidungen der Mieteinigungsämter seien unabänderlich, weil sie laut Gesetz unanfechtbar sind. Dieser Auffassung tritt das Reichsgericht in einer seiner jüngsten, grundlegenden Entscheidungen (2. Dezember 1921) als durchaus irrig entgegen. Allerdings, so führt es aus, gibt es gegen die Entscheidungen des Mieteinigungsamtes kein Rechtsmittel. Wohl aber kann das Mieteinigungsamt auf nochmaligen Antrag eines Beteiligten seine Entscheidung selbst abändern oder aufheben. Das Reichsgericht exemplifiziert auf den Fall, daß der Sachverhalt dem Mieteinigungsamt unvollständig oder unrichtig vorgetragen worden ist, und daß dasselbe bei Kenntnis der wirklichen Sachlage anders entschieden haben würde. Der höchste Gerichtshof sagt in dieser Beziehung: Gerade der Umstand, daß ein Rechtsmittel und eine Klage gegen die Entscheidung des Mieteinigungsamtes durch § 7 der Mietschutzverordnung ausgeschlossen ist, muß dahin führen, in solchen Fällen eine Abänderung oder Aufhebung der Entscheidung durch das Mieteinigungsamt selbst zuzulassen. Müßte es solchenfalls bei der durch die Entscheidung herbeigeführten Gestaltung des Mietverhältnisses sein Bewenden behalten, so würde das mit dem Ziele und Zwecke der Mietschutzverordnung eine dem „billigen Ermessen" entsprechende Regelung des Mietverhältnisses herbeizuführen, im Widerspruch stehen. Ist aber eine Abänderung oder Aufhebung einer Entscheidung des Mieteinigungsamtes durch dieses an sich zulässig, so unterliegt die Frage, ob im einzelnen Falle davon mit Recht Gebrauch gemacht ist, nicht der Nachprüfung der ordentlichen Gerichte.

„Wer unterstützt die Familien der Märzopfer"?

Im Monat Dezember zahlten die Gemeinden im Gau Mitte 47172 Mark.

Die „Rote Hilfe" zahlte im Gau Mitte 341248 Mark.

Im Monat Januar mußte die „Rote Hilfe" wieder 204000 Mark zahlen.

Arbeiter, sammelt für die „Rote Hilfe"!

Delitzsch

Erfroren aufgefunden wurde am 23. Januar, morgens kurz nach 8 Uhr, in der Nähe des Dorfes Rödgen b. E. ein Radfahrer. Der Tote ist als der Maurer Herzog aus Naundorf b. E. festgestellt, der auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle von einer Ohnmacht betroffen war.

Eilenburg

Stadtverordnetensitzung. Am 23. Januar hatten sich die Stadtväter zum ersten Mal in diesem Jahre wieder versammelt, um eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst erfolgte die Einführung des Zimmerers Paul Lößiger, der an Stelle des ausgeschiedenen Oberpostsekretärs Berger tritt, beide von der USP. Im weiteren wurde das Bureau durch Zuruf der Bürgerlichen beim alten belassen, ebenso wurden die Deputationen bei kleiner Veränderung beibehalten. Endlich fand man sich einmal bereit, eine Summe von 100000 Mark für den Ehrenfriedhof zu bewilligen, welcher in der heutigen Form wohl mehr einem Schuttabladeplatz gleicht. Hierbei verlangte Genosse Fischer, daß auch einmal an jene gedacht wird, welche der Kirche den Rücken gekehrt haben und die ebenfalls dort ihre Ruhe finden sollen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, wenn ein Toter vom Weißstadtteil bis nach Eilenburg-Ost geschafft wird. Vom Magistrat wurde versichert, ganz energisch in dieser Angelegenheit vorzugehen und Abhilfe zu schaffen. Es erfolgte die Beschlußfassung über Strom- und Gasabgabe sowie Wasserversorgung. Bei aller Knobelei mußte in den sauren Apfel gebissen werden und wurde eine durchschnittlich 150prozentige Erhöhung gegen 1 Stimme angenommen. Es lagen noch zwei Dringlichkeitsanträge vor. Ersterer besagte eine Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, welche von 1921 bis 1941 zu leisten ist. Dem wurde einstimmig zugesagt. Der zweite Antrag betraf den Ankauf der Kasernengebäude einschließlich Kasino und Schießplatzgebäude, Stabsgebäude und Lazarett für 2 Millionen Mark. Die Deckung der Kosten soll durch eine Anleihe bei der Sparkasse beschafft werden. Das Lazarettgebäude ist vom Reichsverkehrsministerium aufgekauft und sollen 15 Wohnungen für Bahnbeamte beschaffen werden. Eine Eingabe der Kriegsopfer an den Magistrat bittet um Anschaffung von Lebensmitteln, Heizmaterial, Kleidungsstücken usw. Der Magistrat will sich dafür einsetzen. Für die Kriegsopfer, welche am 1. Januar in einer Versammlung gegen den Erlaß des Arbeitsministeriums protestiert hatten und um Anschluß an diese ihre Bewegung ersuchten, konnte sich der unabhängige Stadtrat Burkhardt nicht hergeben. Er erklärte, daß sie nicht zuständig wären und die Forderungen der Kriegsbeschädigten zu weit gingen, ebenso wollte sich der Magistrat nicht als Vorspann jeder Organisation benutzen lassen. Genosse Fischer tritt Burkhardt entgegen; es sei Menschenpflicht, sich diesem Protest anzuschließen. Stadtverordneter Eschauer (USP.) unterstützt seinen Genossen Burkhardt und findet die Forderungen der Kriegsopfer auch zu weitgehend. Die Eingabe der Kriegsopfer wird gegen die 2 kommunistischen Stimmen abgelehnt. Besser konnte ein reaktionärer Stadtrat auch nicht handeln als dieser Arbeitervertreter.

Altenburg

Christliche Duldsamkeit. Vor kurzem fand im Röpsener Pfarrholz eine Hozauktion statt, bei welcher das abgehauene Holz meistbietend versteigert werden sollte. Vor Beginn der Auktion wurden die folgenden Bestimmungen verlesen. Und da hörte man u. a.: **„Leute, die der Kirche nicht mehr angehören, dürfen nicht bieten."** Was sagst du dazu? Also raus aus dem Holz, wenn du ein Heide bist, hetze deine Stube mit Sägespänen! Du kannst frieren! Was kümmert das jenen gläubigen Christen, der diese Bestimmung traf?! — **Wir merken uns dieses Kapitel** christlicher Nächstenliebe.

Naumburg

5 Jahre Zuchthaus für ein Fahrrad. Wegen Straßenraubes erhielt der Geschirrführer Paul Oberender aus Crossen, der im August auf der Landstraße einem vierzehnjährigen Jungen ein Fahrrad entriß, 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Kappstädter Justiz übertrumpft sich immer mehr.

Aisleben

Ein Kapitel zur Wohnungsnot. Die Wohnungsnot ist wie überall durch den Krieg, so auch in Aisleben zu einer brennenden Tagesfrage geworden. Sehr viel Leute müssen sich jetzt mit Wohnungen begnügen, die früher polizeilich verboten waren, und dennoch sind sie dessen froh, und andere würden sich freuen, nur eine solche Wohnung zu bekommen, dieweil andere übermäßig große Wohnungen haben. Wie uns z. B. mitgeteilt wird, soll der Oberpfarrer Dröpler ein ganzes Haus mit etwa 12 bis 15 Zimmern für sich allein zur Verfügung haben. Jetzt hat er für einen Lehrer, also einen Menschen der gleichen Gesellschaft, drei Räume abgeben müssen, und dagegen sträubte er sich mit Händen und Füßen, unterstützt von seiner vorgesetzten Behörde. Also diese Leute, die täglich die Liebe zu dem Nächsten predigen: „Wer zween Röcke hat der gebe dem, der keinen hat," diese Herschaften stellen sich immer wieder mit ihrem Handeln zu ihren Reden in Widerspruch. Arbeiter Einwohner, weshalb redet Ihr nicht selbst mal dazu ein Wort? Wenn der Herr Oberpfarrer unbedingt solch großes Haus braucht, so soll er sich doch eines bauen. Hoffentlich bleiben die berufenen Behörden fest, denn auch wir können nicht einsehen, weshalb ein Mensch, der schon von Staats wegen bezahlt wird, also von den Steuerzahlern, auch noch auf deren Unkosten eine übergroße Wohnung haben soll.

Edderitz

Bergmannslos. Tödlich ins Genick getroffen wurde auf Grube Leopold der 25jährige Fördermann Karl Hobusch durch ein Stück Holz beim vorzeitigen Zusammengehen eines Bruches.

Stendal

Offensive der bürgerlichen Stadtverordneten. Gleich wie in Eisleben haben auch die bürgerlichen Stadtverordneten ihre Mandate niedergelegt, um Neuwahlen herbeizuführen. Sie waren in diesem Falle mit dem Vorsteher nicht zufrieden, weil er nicht aus ihren Reihen stammte. Man darf damit rechnen, daß das gleiche Spiel auch in anderen Orten versucht wird, denn die Amtsniederlegungen scheinen auf den Wink bürgerlicher Zentralstellen zurückzuführen zu sein, um überall Neuwahlen zu erzwingen. Sie fühlen sich jedenfalls recht stark.

Vom Tage

Nobelpreis für Arno Holz? Unter den deutschen Universitätsprofessoren ist eine Bewegung im Gange, welche darauf hinzielt, daß der diesjährige Nobelpreis für Literatur dem Dichter Arno Holz verliehen wird.

Besserung auf dem Seefischmarkt. TU. Hamburg, 27. Januar. Da die Kohlenbelieferung sich in der letzten Woche günstiger gestaltete, ist der größte Teil der Hamburger Fischdampfer ausgefahren. Von Altona liefen 27 Dampfer aus. Ein Teil der Fahrzeuge hatte englische Kohle geladen. In Altona brachten 15 Dampfer insgesamt 412000 Pfund frische Seefische an den Markt, doch waren die Preise noch sehr hoch. Infolge des strengen Frostes ist die Hochsee- Küsten- und Elbsegelfischerei völlig lahmgelegt. Für die kommende Woche dürften größere Zufuhren zu erwarten sein.

Mit Mann und Maus untergegangen. TU. Hamburg, 27. Januar. Der Dampfer „Sunino" dem Hamburg-Amerika-Linie, der bereits als stark überfällig gemeldet wurde, ist ein Opfer des Sturmes in den ersten Januartagen geworden. Der Dampfer verließ Danzig am 31. Dezember, mit einer Getreideladung nach Kopenhagen bestimmt. Der Dampfer ist aber dort weder eingetroffen, noch sonst, wie gemeldet worden. Da für diese Reise nur einige Tage erforderlich sind, ist nicht daran zu zweifeln, daß der Dampfer mit seiner aus dem Kapitän und 14 Mann bestehenden Besatzung untergegangen ist.

Achtung, Postbezieher!

Bei der neuen Postbestellung auf den „Klassenkampf" muß angegeben werden, welche von den vier Ausgaben gewünscht wird:

1. **„Klassenkampf" für Halle-Merseburg;**
2. **„Klassenkampf" für Merseburg-Querfurt und Weißenfels-Zeitz-Naumburg;**
3. **„Klassenkampf" für die Kreise Mansfeld und Sangerhausen;**
4. **„Klassenkampf" für die Kreise Wittenberg-Schweinitz und Torgau-Liebenwerda.**

Die genaue Angabe der Ausgabe muß erfolgen, wenn der Besteller den gewünschten „Klassenkampf" erhalten will. Wir bitten, das Vorstehende zu beachten und die Bestellung in diesen Tagen aufzugeben, damit eine regelmäßige Weiterbelieferung erfolgt. Verlag Klassenkampf.

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI's Würze
Einzig in Feinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.
Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten Plombenverschluß.
*104

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0008

Leben · Wissen · Kunst

Jack

40] **Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.**

Hinter dem durchsichtigen Vorhang junger Zweige, durch welche der Weißdorn seine großen duftenden Blütensträuße schlang, lebte und webte es im Schatten der hohen Wipfel. Der Alte übermachte jeden Bau, jede Brutstätte; er tötete schädliche Tiere, als: Kreuzottern, Eltern, Eichhörnchen, Feldmäuse und Maulwürfe. Für den Kopf oder Schwanz eines dieser Räuber bekam er so und soviel und alle Halbjahr brachte er eine ganze Sammlung staubiger, vertrockneter Ueberreste nach Corbeil aufs Amt. Wenn er nur die Köpfe aller Wild- und Holzdiebe hätte hinzufügen können! Seine Bäume liebte Vater Archambauld noch mehr, als die Tiere. Ein Reh wird ersetzt, auf einen toten Fasan kommen im Frühjahr tausend neue. Aber ein Baum braucht lange Zeit!

Wie er sie bewachte, wie er die geringste Krankheit erspähte. Da war unter anderem eine vom Borkenkäfer angegriffene Fichtenpflanzung, die ihn sehr unglücklich machte. Diese kleinen Käfer, welche zu Hunderttausenden in geschlossenen Reihen, man weiß nicht woher, kommen, wählen sie den stärksten, gesundesten, schönsten Baum aus und nehmen ihn in Angriff. Um diesem Ueberfall zu widerstehen, hat der Baum sein Harz und verlacht nach Kräften mit Hilfe dieses Lebenssaftes, der ihm einen Teil seines Lebens kostet, den Feind zu bekämpfen. Er vergießt Ströme von Harz auf die Käfer und ihre zwischen der Borke niedergelegten Eier und erschöpft sich in diesem fast immer nutzlosen Kampfe. Jack interessierte sich für das Schicksal der armen Bäume, er sah während des Kampfes diesen duftenden Schweiß, diese schweren, bernsteinfarbenen Pflanzentränen herniedertrieseln.

Die Buchen hatten einen anderen Feind, eine winzige rote Käferart, welche so zahlreich auftrat, daß jedes Blatt eine Larve, ein hellrotes Pünktchen trug. Von weitem glich dieser Teil des Waldes mit seinen von einem frühzeitigen Herbst gefärbten Zweigen einer trügerischen Gesundheit, jener krankhaften Röte, welche das Antlitz der Schwindsüchtigen belebt; Vater Archambauld betrachtete sie mit jenem traurigen Achselzucken, welches ein verzweifelter Arzt bei manchen Krankheiten zeigt.

Bei diesen Waldspaziergängen lurachen der Heger und der Knabe wenig mit einander; die große Symphonie des Waldes überwältigte sie. Nach dem Wesen der Bäume, welche er schüttelte, änderte der Wind seinen Odem und sein Klagen. In den Kiefern tönte er wie Meeresrauschen in den Birken und Eichen zitterte derselbe, ohne die Aeste zu bewegen, und fuhr in tausend metallischen Tönen über die Blätter; von den Espen der in diesen Teile sehr zahlreichen Teiche erklang das sanfte Rauschen und Rascheln des Schilfes, dessen lange glänzende Halme sich gegeneinander neigten. Von oben her tönte der scharfe Ruf und das Klopfen des Spechtes, melancholischer Kuckucksruf und alle jenen unbestimmten Geräusche, welche sich in einem vier bis fünf Meilen langen Walde erheben. Sie tönten Jack unaufhörlich in den Ohren und er hörte sie gern. Dennoch hatte er, obgleich er den ganzen Tag in des Hegers Gesellschaft den Wald durchstreifte, Feinde. Am Waldrande hauste eine Bande von Wilderern, denen Archambaulds Wachsamkeit das Leben schwer machte und die ihn boshaft tödlich hafteten. Begegneten sie dem Alten im Walde, so lüfteten sie wohl mürrisch den Hut zu einem Gruß, der zugleich auch dem Knaben galt, befand sich dieser aber allein, so drohten sie ihm mit der Faust. Da war besonders eine Alte, Mutter Salée genannt, rotbraun, wie eine Indianerin, deren gefurchtes Gesicht mit dem eingefallenen Munde Jack bis in seine Träume verfolgte.

Wenn er den Heger bei Sonnenuntergang verließ, um nach dem Erlenhäuschen zurückzukehren, fand er die alte Diebin mit ihrem Holzbündel jedesmal am Grabenrande sitzen, wie jener fabelhafte Mann im Monde. Sie ließ den Knaben, der an sich hielt, um nicht zu laufen, dicht herankommen und schrie ihm dann in der gemeinen, kreischenden Aussprache von Alode-France zu:

„Du da, warum rennst du denn so? Ich habe dich wohl gesehen. Warte, ich werde dir die Nase mit meiner Sichel abschneiden."

Dann stand sie auf und tat, um ihn zu ängstigen, als wolle sie ihn verfolgen. Jack hörte ihre eiligen Schritte, das Schleifen des Bündels auf dem Boden und kam atemlos nach Hause.

Aber dieser Schreck vermehrte nur noch die Poesie des Waldes und fügte ihr noch die geheimnisvolle Anziehungskraft der Gefahr hinzu. Wenn Jack von seinen Ausflügen nach Hause kam, fand er seine Mutter in der Küche leise mit der Frau des Hegers plaudern. Dumpfes Stillschweigen lagerte auf dem Hause und wurde von dem Pendel der großen Wanduhr im Eßzimmer geregelt. Der Knabe küßte seine Mutter, die ihm mit der Hand ein Zeichen machte:

„Bst . . . sei still, „Er" ist oben, „Er" arbeitet."

Jack setzte sich auf einen Stuhl in die Ecke, amüsierte sich damit, die im Sonnenschein buckelnde Katze, oder des Dichters Büste zu betrachten, deren Schatten sich auf dem Grasplatz majestätisch streckte. Mit der Ungeschicklichkeit der Kinder, die am liebsten Lärm machen, wenn sie nicht sollen, warf er irgend etwas um, rückte am Tisch, stieß an die Uhrgewichte, mit denen sie spielten, sorglosen Bewegungen, welche solche kleinen, überflüssigen Wesen jeden Augenblick machen.

„Sei doch still," wiederholte Charlotte und Mutter Archambauld, welche den Tisch deckte, gab sich alle mögliche Mühe, ging auf den Spitzen ihrer großen Füße, welche gar keine Spitzen hatten, machte den Rücken ganz krumm und ging tölpelhaft, eifrig und ungeschickt, um den Herrn, „welcher arbeitete", nicht zu stören.

Er arbeitete.

Man hörte ihn oben im Turm mit regelmäßigem Schritt seine Träume oder seine Langeweile messen, den Stuhl oder Tisch rücken. Er hatte seine „Tochter Faustis" begonnen und schloß sich den ganzen Tag mit dem aufs Geratewohl hingeworfenen Titel ein; aber keine Zeile rechtfertigte denselben. Dabei besaß er alles, was er sich stets erträumt hatte, Zeit, Landluft, Einsamkeit und ein wundervolles Arbeitszimmer. Wenn er genug vom Walde und seinem Grün hatte, brauchte er seinen Stuhl nur ein wenig zu drehen und er sah das verschiedenartige Blau des Wassers, Himmels und der Ferne vor sich. Der Duft des Waldes, die Kühle des Wassers drangen unmittelbar zu ihm. Nichts konnte ihn zerstreuen und stören, als das zärtliche Girren der Tauben über sich auf dem Dache.

„Gott, wie oft läßt es sich hier arbeiten!" rief der Dichter aus! Alsbald ergriff er die Feder und öffnete das Tintenfaß. Aber es wurde nichts, das Papier blieb weiß, wort- und gedankenleer und die im voraus betitelten Kapitel, denn die Sucht nach Titeln verfolgte ihn beständig, behaten sich aus wie die numerierten Beete eines vom Sämann vergessenen Feldes. Er besann sich zu wohl, hatte zuviel Poesie um sich; er erstickte an zuviel Ideal und Wohlbefinden.

Man denke nur! In einem Pavillon aus der Zeit Louis XV. am Waldrande, in der schönen Landschaft Etoilles wohnen, welche mit Erinnerungen an die Pompadour durch rosa Bänder und Diamantgraffen verknüpft ist; alles besitzen, was man braucht, um ein großer Dichter zu werden, eine angebetete reizende Geliebte, welcher der romantische Name Charlotte so gut steht, einen Stuhl im Stil Heinrichs II., welcher strenges, angestrengtes Studium begünstigt, eine kleine weiße Ziege, namens Dalli, welche ihn auf den Spaziergängen begleitet eine alte Emaillewanduhr, deren sanfter, tiefer Glockenschlag aus der Vergangenheit herüberträumt und melancholische Bilder aus längstvergangener Zeit hervorruft.

Das war zuviel und der unglückliche Reimschmied fühlte sich jeder Eingebung bar, wie damals, als er sich noch einem Tage voller Lehrstunden in sein möbliertes Zimmer zurückzog.

Oh die langen mit der Pfeife zugebrachten Stunden, das Faulenzen auf dem Divan, die Stationen an den Fenstern, die Langeweile!

Als Charlottens Schritt auf der Treppe ertönte, setzte er sich schnell an den Tisch, nahm eine gedankenvolle Miene an, während die Augen einen geistesabwesenden Ausdruck zeigten, der ebensogut Träumerei bedeuten konnte.

„Herein!" rief er auf das schüchterne Klopfen.

Sie trat ein, frisch heiter, mit von den hübschen, nackten Armen zurückgezogenen Aermeln, so ländlich aussehend, daß der Puder auf ihrem Gesicht mehr dem Mehlstaub einer Mühle der komischen Oper glich.

„Ich komme, mich nach meinem Dichter umzusehen," sagte sie beim Eintreten.

Sie hatte eine Art, Dichter „Dichta" auszusprechen, die ihn stachelte.

„Nun, rückt es vorwärts? Bist du zufrieden?"

„Zufrieden? Kann man denn bei diesem elenden Schriftsteller-Handwerk, welches eine fortgesetzte geistige Anstrengung ist, jemals zufrieden sein?"

Der Zorn riß ihn fort, seine Stimme wurde ironisch.

„Gewiß, mein Lieber, ich wollte nur wissen, ob deine Tochter Fausts ..." (Fortsetzung folgt.)

Helft Rußland!

Menschen geistern über weites Land,
Ueber Aecker, die nicht Frucht getragen,
Ueber Wiesen, die von Sonnenbrand
Aschgrau ihr zerstörtes Antlitz tragen.

Nicht ein Erntelied klang ländermeit,
Sensenrauschen nicht — noch Sichelklingen . .
Nur der Hunger wuchs aus dürrer Zeit
Und er spannte aus die düstern Schwingen.

Und er hob sein hohles Angesicht
Und sie sterben — sterben kaum — vergehen,
Gehen aus, so wie ein Kerzenlicht,
Selbst zu matt, nur noch um Brot zu flehen.

Seht, ein Volk, das mit dem Tode ringt,
Seht, ein Volk, das sich für Euch geschlagen,
Von der Wölke gierer Schar umringt,
Not und Qual und Kreuzigung ertragen.

Weh dem Mund, der überfließt,
Nur von leerer Worte Klingen.
Wehe, wer sich nicht entschließt,
Trost und Hilfe zu erzwingen.

Fluch, wer Armengut verprasst.
Menschenblut an jedem Bissen.
In sein Herz ihm Zeitnerlast,
Schlangengift in sein Gewissen!

Menschen geistern über weites Land,
Ueber Aecker, die nicht Frucht getragen.
Arbeitsvolk, streck aus die starke Hand
Und hilf Rußland, deine Zukunft tragen.

Bruno Schoenlank.

Politisierung der Bildungsarbeit

Volksbildner sein, heißt nicht: ein Kalendermann sein, der von allem etwas gibt und zufrieden ist, wenn er womöglich für jeden Tag des Jahres mit einer „Veranstaltung" aufwarten kann, die obendrein schon sechs Monate oder noch länger vorher „festgelegt" wird.

Vielmehr muß die proletarische Bildungsarbeit bemüht sein, sich die Erfahrungen der Pädagogik zunutze zu machen, sie muß also vor allem anknüpfen an Erschautes und Erlebtes. Zwanglos ergibt sich hierbei eine Zweiteilung des zu behandelnden Gebietes: Der Arbeiter im Betrieb — und der Arbeiter außerhalb des Betriebes.

In den Industriegegenden wirken jeweils viele Tausende in gleichartigen Betrieben. Damit ist bereits ein Publikum gegeben, das allen Fragen seines eigensten Berufslebens — Technik, Wissenschaft, Arbeitsorganisation usw. — stärkste Teilnahme entgegenbringen wird, wenn diese Dinge in Vorträgen, in Diskussionen, Führungen usw. behandelt werden. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Angehörige verwandter oder auch fremder Industriezweige, denen ein Einblick in andere Gebiete hochwillkommen sein würde.

Viel reichhaltiger noch ist der Stoff, der aus dem öffentlichen Leben zu entnehmen wäre, und obendrein pflegt er die Allgemeinheit ohne jede Ausnahme anzugehen. Die Politik wirft täglich neue Probleme auf. Da heißt es zugreifen. Heute ist es das Steuermesen, morgen sind es die nationalen Verkehrsfragen, übermorgen die Welthandelsfragen, die im Vordergrunde stehen und den Arbeiter vor immer neue Rätsel, vor immer neue Entscheidungen stellen. Staatslehre, Organisationswesen, Klassenkampf, Schule, Kirche und hundert andere Dinge gewinnen immer wieder ein neues Gesicht und wollen deshalb immer aufs neue und immer im Zusammenhang mit den Ereignissen neu behandelt werden.

Zusammenhang, Anknüpfung! In engster Verbindung mit den Vorgängen des öffentlichen, insbesondere des politischen Lebens, müssen die Dinge aufgegriffen werden. Zugegeben, daß dazu eine gewaltige Spannkraft, eine riesige Arbeitsleistung erforderlich ist. Aber der Apparat wird sich auch ganz anders bezahlt machen, als es heute der Fall ist, wo immer das Gespenst eines Defizits im Hintergrunde auftaucht, weil man nie weiß, ob die Sache „zieht".

Ueberdies darf man natürlich nicht versäumen, einen Teil der Aufgaben abzuwälzen auf die Gemeinde. Was muß die Kommune von sich aus leisten? Was muß die Arbeiterschaft aus eigener Kraft aufbringen? Man soll doch bedenken, daß es heute möglich ist, eine gewisse Macht in der Kommune auszuüben. Heute braucht das Proletariat nicht mehr alles aus eigenen Mitteln aufzubringen wie vor dem Kriege; heute kann es die anderen Klassen zwingen, wenigstens einen Teil ihrer sozialen Pflichten zu erfüllen.

So ließe sich beinahe alles, was mit dem Gesundheitswesen zusammenhängt, der kommunalen Tätigkeit zuschieben, wobei der nötige Druck durch die proletarischen und gewerkschaftlichen Organisationen selbstverständlich nicht ausbleiben dürfte. Auch Sport und Körperpflege gehören dahin. Das Arbeitersportkartell müßte jenem Druck der Organisationen auch für seine Angelegenheiten kräftigen Nachdruck geben.

Aufgabe der eigenen proletarischen Bildungsarbeit bleiben natürlich die meisten Gebiete gerade des öffentlichen Lebens. Dabei zeigen bereits die oben erwähnten Beispiele, wie Steuer-, Schul- und Kirchenfragen, oder etwa Themen, wie „Das proletarische Kind", „Die Justiz" usw., daß es sich hier nicht um „neutrales" Gebiet handelt, daß es unmöglich ist, diese Fragen „unvoreingenommen" zu behandeln, sondern daß es sich hierbei letzten Endes um die politische Einstellung der Bildungsarbeit handelt.

Die ganze Bildungsarbeit muß von dem Gedanken des Klassenkampfes durchsetzt sein! Dann ergibt sich auch von selbst jene allein richtige Methode des aktuellen Interesses der breitesten Massen.

R. F.

Eine Ausstellung bäuerlicher Kunst

Im Historischen Museum zu Moskau ist eine Ausstellung bäuerlicher Kunst eröffnet worden, ein großes, für viele unerwartetes Fest. Das ist keine Errungenschaft der Archäoforschung, der Kunstgeschichte, der vorjährigen Mode! Das ist eine Offenbarung, die der Sehnsucht unserer besten Künstler geworden ist, die ihr künstlerisches Streben darauf richten, von der Kunst zum Leben, zu den Daseinsformen des Menschen, zu den Erzeugnissen seiner Arbeit eine Brücke zu schlagen.

Lange Jahrhunderte lebte die russische Bauernschaft ihr ureigenes Dasein, das in seinen materiellen Formen voll leuchtender Schönheit ist. Im Hüttenbau, in der Anfertigung von Kleidern, Gebrauchsgegenständen, Arbeitsgeräten, offenbarte sich die Bauernschaft in ihrem kollektiven Schaffen als kühner Künstler, ein Hüne in der Kunst. Noch vor zweihundert, hundert, ja fünfzig Jahren gab es nichts „gemeines" in ihrer materiellen Umgebung, in ihrer Wirtschaft. Sie lebte vom Schönen umgeben. An vielen Orten haben sich noch jetzt Ueberbleibsel dieses Schönen erhalten.

Das Historische Museum hatte unschätzbare Kostbarkeiten der bäuerlichen Kunst zusammengetragen, aber unter der alten Verwaltung lagen alle diese Schätze unter einer Staubdecke in Kellern und auf Dachböden aufgehäuft, wo sie niemandem zugänglich waren und man sie nicht ahnte.

Der neue Museumleiter Schtschekotow und das Kollegialmitglied Suchotin, die von der Sowjetmacht eingesetzt wurden, haben nun in neunmonatlicher Arbeit den Schatz zutage gefördert und so die Möglichkeit gegeben, unsere bäuerliche Kunst kennen und lieben zu lernen, in die Oede des zeitgenössischen künstlerischen Schaffens grünendes Leben hineinzutragen.

Der erste Ueberblick lehrt, daß alles, was uns als Volkskunst von unseren Künstlern Wasnetzow, Nesterow, Bilibin vorgesetzt wurde, alles, was die Heimindustrie auf den Innen- und Außenmarkt brachte und was das Moskau der Kaufleute im Volksstil baute und womit es die Wände ausschmückte (zum Beispiel desselben Historischen Museums) — nichts als Verbildung, Trug und Unterschiebung ist. Vielleicht waren es nur Röhrich und Siedlezky, die der ernsten und großzügigen Auffassung des Schönen, wie die Bauernschaft es gestaltete, nahekamen.

Man kann die Säle der Ausstellung nicht durchwandeln, ohne daß einem das Gefühl schöpferischen Schaffens und der Freude ergreife. Man hat uns daran gewöhnt, ein süßlichfades Gemisch von byzantinischen Ueberbleibseln und orientalischer Ueberfättigung als russischen Volksstil („style russe") anzusehen. Unsere Stilkünstler werden aber sprachlos sein, wenn sie in der Ausstellung eine „Jendowa" (bauchige Schale) erblicken, die in ihrer Formvollendung an altgriechische Kunst erinnert. Somow und unsere Kunstporzellanfabrik werden staunen bei der Entdeckung, daß in den glasierten Statuetchen (Fayencearbeit), jene Synthese der Formen enthalten ist, die Rodin und mit ihm die ganze europäische Bildhauerei sucht. Unser Konenkow wird seine Freude haben, wenn er mit seinen Augen das erblicken wird, was er in seinem schöpferischen Schaffen erst erraten hat. Vor ihm tastete unsere gesamte Bildhauerei im Dunkeln. In den Lebkuchenpfannen haben die Bauern längst das Geheimnis der Stulptur großen Stils endeckt. Die Kraft ihrer allgemeinen Form, die Wahl der Stellen für die Anbringung der Ornamente, die Zweinanderfügung aller Einzelheiten kann als vorbildliche gelten.

Diese Ausstellung erfordert vom Zuschauer große Aufmerksamkeit. Wir, die wir in einer materiellen Umgebung leben, die jeder Schönheit bar ist, können nur den Kopf verlieren vor diesem unerschöpflichen Talent der Bauernschaft, in jede Kleinigkeit ihres Lebens einen Zug von Schönheit zu bringen. Alles, was sie in ihrer Wirtschaft braucht, beschäftigte ihre unermüdliche künstlerische Findigkeit. Spindeln, Webstühle, Wiegen, Körbe und Schachteln, Kannen, Kleider, Handtücher, Gefäße, Spielzeug, alles, was innerhalb der Wirtschaft gebraucht wird, sowie außerhalb — Schlitten, Kummet und schließlich die Holzhütte selbst, ein Wunderwerk kraftvoller, gesunder, freudiger Kunst.

„Spinne, meine Spinnerin, laß' dich's nicht verdrießen! Gerne möcht ich spinnen, bin aber zu Gast geladen", schreibt der Künstler auf das Spinnrad, das er zierlich bemalt. Und dieses Lächeln der Schönheit liegt auf allem. Seine Truhe verschloß der Bauer nicht mit einem gewöhnlichen Schloß: das Schloß ist ein Pferdchen, der Schlüssel ein Vöglein.

Löwen, Zentauren, Papageien und Sirenen, allem, was das europäische Altertum nach Rußland brachte, ist auf eigene Art Leben und Gestalt gegeben. Aber auch das wirkliche Leben kommt zur Geltung. Da ist eine Darstellung: „Der erste Schmied hatte eine Frau, die hieß Mairene. Er ertappte sie mit dem Ehebrecher und kettete beide an das Bett." Dort wieder ein Soldat aus der napoleonischen Zeit, weiter eine Dame mit einem Fächer in der Hand im Paradiesgarten stehend. Durch alle diese kleinen Freuden blickt überall ein tiefer Grundgedanke hervor, den wir alle suchen: lebe und arbeite, umgeben von Schönheit.

Das beharrliche Studium dieser Ausstellung kann uns von vielen Uebeln befreien, das sich in unser Kunstleben eingefressen hat, und auf den Pfaden, die in weltentlegenen und uralten Dörfern gefunden worden, uns auf den sichten Weg einer Kunst, die mit der Arbeit unzertrennlich verknüpft ist, herausführen. Auf der „Jendowa" steht geschrieben: „Diese Schale nicht geringen Umfanges ist aus russischem Holze von Dorfleuten gearbeitet. Wohl bekomm aus ihr der Kwas mit Pfeffer nach Dörfterart gebraut. Ja, laßt auch den kräftigen Trunk der bäuerlichen Kunst nur munden, ihr werdet daran gesunden. (Oswetija)

Waclew Gasiorowski: Die Königsmörder

Das alte zaristische Rußland ist der Boden, auf dem die große revolutionäre Bewegung gewachsen ist. Wer sie verstehen und denkend verfolgen will, muß unbedingt die Zustände kennen lernen, die zu diesen gewaltigen Zornausbrüchen des russischen Volkes und zum Zusammenbruch der alten Herrschaft geführt haben. „Die Königsmörder" von Waclew Gasiorowski schildern diesen Boden mit einer Wahrheit und Treue, die jedem zivilisierten Menschen das Blut in den Adern erstarren läßt. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen Roman, sondern um eine streng historische Schilderung auf wissenschaftlicher Grundlage. Nach einer glänzenden Einführung über den Anarchismus führt uns der Verfasser durch das Labyrint der Geschichte der russischen Zaren, entrollt in fesselnder und unterhaltender Art ein Bild von dem Dekabristenaufstand von 1825, schildert die berüchtigten Prozesse, die Tausende Unschuldiger zur Zwangsarbeit in die sibirischen Bergwerke schickte und bringt eine wahrheitsgetreue Darstellung der berühmten Attentate, die gegen die Zaren unternommen worden sind. Die Darstellung liest sich wie der spannendste Detektivroman und vermittelt dem Hörer eine klare Anschauung von dem Wirken der Personen, die die berüchtigten Namen, Potemkin, Pobjedonoszew usw. tragen. Das trostlos schaurige Bild der letzten russischen Jahrhunderte mußte mit unwiderstehlicher Gewalt die Reaktion hervorbringen, die durch den Ausbruch des Krieges nur noch beschleunigt worden ist. Trotz der streng wissenschaftlichen Darstellung ist das Werk auch von literarischem Wert und eignet sich besonders für den Geschenktisch aller politisch und geschichtlich Interessierten. Autorisierte Uebersetzung aus dem Polnischen von Stefania Goldenweg. 323 Seiten mit dreifarbigem Umschlag. Halbleinen gebunden Mk. 15,—. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Zu beziehen durch die Orts- und Bezirksbuchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0009

Kämpfende Jugend

Fabrikzellen

In Italien vor einem Jahre. Die Metallindustriellen lehnen jede Verhandlungen über die schwebenden Streitigkeiten ab. Sie drohen mit der Aussperrung und es dauert nur einige Tage, während deren die Arbeiter zur passiven Resistenz übergehen, so wird die Aussperrung wirklich ausgesprochen. Ungeheure Gährung in der Arbeiterschaft, die sich schnell auf weitere Kategorien ausdehnt. Jeder fühlt, es muß gehandelt werden. Und da taucht der Gedanke auf: Besetzung der Fabriken.

Es war bei den Kommunisten, daß der Gedanke auftauchte. Aber gleichzeitig mit ihm entsteht eine andere Frage: Ueber welche Kräfte verfügen wir in den Betrieben, an welchen Stellen? Die blitzartige Schnelligkeit, mit der die revolutionären Metallarbeiter in Italien ihren Entschluß zur Besetzung der Fabriken durchführen konnten, hing davon ab, daß die Partei sich diese Frage sofort und ausreichend beantworten konnte.

Wir brauchen nicht gleich an einen solchen Fall zu denken, wie den der Fabrikbesetzung, um uns die Bedeutung dieser Frage für alle Tagesfragen des kommunistischen Kampfes klar zu machen. „Ueber welche Kräfte verfügen wir in den Betrieben und an welchen Stellen?" — es ist ein großer Mangel, daß wir diese Frage der großen Mehrzahl der Gruppen unserer Verbände stellen können, ohne eine Antwort darauf zu erhalten. Während die KP. sich schon seit längerer Zeit von der alten Form der Wahlvereine mehr und mehr losgesagt hat, ist bei unseren Jugendverbänden die Organisationsform der Vereinsgruppen noch durchaus vorherrschend. Wer aber die neuen erweiterten Aufgaben, die der zweite internationale Kongreß der Kommunistischen Jugend aller Länder gab, in ihrem ganzen Umfang verstanden hat, der wird wissen, daß für die Durchführung dieser Aufgaben, für die Sammlung der Massen der arbeitenden Jugend um die Kerngruppen der jungen Kommunisten die Vereinsform die ungeeignetste ist.

Wo wir es mit vielen kleinen und Handwerksbetrieben zu tun haben, wie in kleinen Städten oder auf dem Lande, da hat die lokale Gruppe, die ihr eigenes Heim, ihr ständiges Lokal hat, eine besondere Bedeutung und ist allerdings die geeignetste Organisationsform. Anders aber ist es in den Industriebezirken. Es ist ein ganz unmöglicher Zustand daß die Sekretäre der einzelnen, nach Stadtteilen abgegrenzten Gruppen tatsächlich nicht wissen, auf welche Betriebe die Mitglieder ihrer Gruppe verteilt sind, oder daß sie nicht angeben können, wieviel Verbandsmitglieder in einem zu ihrem Ortsbezirk gehörigen Fabrikbetriebe beschäftigt sind. Die Durchführung der Beschlüsse des zweiten Kongresses, die als kleinste Einheit der Jugendverbände in Industriegebieten die Fabrikzelle bestimmt, muß unbedingt mit größerem Nachdruck verwirklicht werden.

Die Umstellung auf diese Organisationsform soll natürlich nicht Hals über Kopf geschehen, denn das würde zur Verwirrung und Störung der Verbandsarbeit führen. Aber geschehen muß sie und ihre Durchführung ist wichtiger als die Einführung irgendwelcher anderer aus rein praktischen Gesichtspunkten heraus geplanter neuer Organisationsformen, wie die der Zehnergruppen und dergl. Die örtliche Gruppenzusammenfassung soll durchaus nicht verschwinden. Die Zusammenfassung von Zellen in verschiedenen Fabriken und von einzelnen Jugendlichen aus Handwerksbetrieben desselben Ortsbezirkes ist unbedingt notwendig. Unter westlichen Verhältnissen wird außerdem die Beschaffung von ständigen Räumen wohl nur für solche größere Zusammenfassungen möglich sein. Die Fabrikzellen müssen als Untergliederung, als unbedingt notwendige weitere Zusammenfassung dazu treten. Wohlgemerkt, es handelt sich hier auf keinen Fall um „Betriebsorganisationen", es ist nicht von „Vertretung", „Wahl" und dergl. die Rede. Es sollen sich nur sämtliche in einer Fabrik beschäftigte an den verschiedenen Stadtteilen wohnende Mitglieder des K. J. V. zu einer Fabrikgruppe zusammenschließen, die ständig eine genaue Uebersicht über die Zahl der Verbandsmitglieder im Betriebe hat, die die verschiedenen Agitations- und Propaganda-Aufgaben innerhalb des Betriebes unter sich verteilt und die durch einen gewählten Sekretär in ständiger Verbindung mit der nächsten Ortszentrale des Verbandes steht, um ständig die neuesten Anordnungen oder Mitteilungen an die Mitglieder entgegenzunehmen, oder über besondere Ereignisse im Betriebe Bericht erstatten zu können.

Wenn einmal die ersten Versuche mit dieser Organisationsform gemacht sind, wird man ihre Unentbehrlichkeit und ihre große Bedeutung 1. für die Belebung der Aktivität der Verbandsmitglieder 2. zur Verstärkung des Einflusses der K. J. auf die arbeitenden Jugendlichen bald erkennen und zur Durchführung dieser Methode als Grundlage der gesamten Verbandsorganisation übergehen.

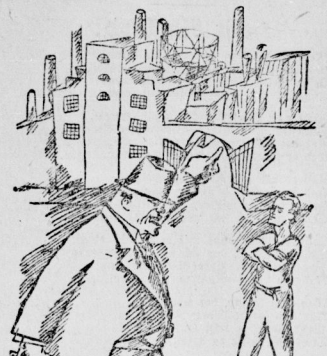
A. K.

Die A.-J. verläßt in Delitzsch die einheitliche Kampffront der Jugend

Im ganzen Reich war man erstaunt über die glänzende Initiative des Jugendkartells Delitzsch, über sein Vorgehen gegen die Ausbeutung jugendlicher Lehrlinge. Eine einheitliche Kampffront des Jungproletariats gegen die Ausbeutersippe war geschaffen worden und sollte immer fester ausgebaut werden, tatkräftig unterstützt und aufs freudigste bejaht von dem erwachenden Proletariat. Mitten im Ringen um unsere Forderungen hatte die A.-J., der unser Vorgehen zu scharf erschien, unter den verschiedensten Vorwänden versucht, aus dem Jugendkartell auszuscheiden. Einmal führten sie Ke zu unreif, obwohl aber eine ältere Genossin der A.-J. (Gen. Babe) beantragte das Höchstalter sehr niedrig zu wählen; ein anderes Mal schoben sie das gemeinsam vom Jugendkartell abgeschickte Radbruch-Telegramm (Greifende der politisch Inhaftierten) vor. Jedes Mal ohne Erfolg; die Jugendlichen der A.-J. sahen immer wieder ein, daß das Jugendkartell recht gehandelt hat und nur der Jugendleiter der A.-J. war anderer Meinung. Dieser Jugendleiter hatte nun die Absicht, Jugend-Delegierter zu werden, um zu bremsen, oder andernfalls sollte die A.-J. aus dem Jugendkartell ausscheiden. In einer der letzten Sitzungen war das Höchstalter der Delegierten auf 23 Jahre festgesetzt worden; aber der Jugendleiter Knoll — der 30 Jahre bereits weit überschritten hat — und als braver Ebertiner doch sonst auf die Gesetze schwört, erklärte, daß ihm das nichts angeht; er wolle eben ins Kartell. — Die Jugendgenossen der K., SPD. und Naturfreunde lehnten das Erlangen natürlich ab, da ja so ältere Vertreter des Gewerkschaftskartells sowieso unseren Sitzungen mit beschließender Stimme beiwohnen sollen und die Jugendverbände eben durch Jugendliche und nicht durch Jugendkontrolleure der SPD. vertreten sein wollen. Tatsachen über die Meinungsänderung gegen das Kartell, die Knoll erfahren hat, wollte er nur kundgeben, wenn er Delegierter wird. Also Erpressung, lieber Freund der Ordnung, edler Hüter des Gesetzes. — Da nun Knoll politisch und taktisch kaum die Erfahrungen unseres jüngsten Kindergruppenfunktionärs besitzt, war es natürlich taktisch genug, die wahren Beweggründe des Austritts der A.-J. zu nennen. Das Jugendkartell treibt eine zu radikale Politik; es kämpft statt zu verhandeln; es hat den Sinnesjozialisten schweren Schaden zugefügt. So sah der Grund der Flucht in Wahrheit aus. — Als darauf Knoll die Sitzung verließ und „seine" Jugendlichen, die ja ganz instinktiv auf unserer Seite standen, versuchten sitzen zu bleiben, zwang er sie durch Gebärden und leisen Befehlston ihm zu folgen. Ein Sozialdemokrat wendet also sogenannte Moskauer Methoden an, Terror und Diktatur. — Am nächsten Abend setzte man nun aber der Sache die Krone auf, indem die A.-J. im Kampforgan unserer Gegner — der „Delitzscher Zeitung" — folgendes Inserat veröffentlichte: „Erklärung! Wir erklären hiermit, daß wir am 19. Januar 1922 aus dem Jugendkartell ausgeschieden sind. Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Delitzsch." — „Herr vergib uns, denn wir haben gesündigt." Wir wollen wieder artig sein, teure Kleinmeister, die ihr mit uns den Thron des Sattlers Ebert schützt. — Jungproletariat, so vertritt die Arbeiter-Jugend Deine Interessen. Statt mit uns einheitlich zu kämpfen, gehen sie zu unseren Feinden und katzbuckeln um deren Gunst. Mitglieder der Arbeiter-Jugend, wendet Euch gegen Euren Diktator Knoll und seinen Adjutanten Rubel. Schließt Euch zusammen mit den anderen Jugendlichen zu einer einheitlichen Front der kämpfenden proletarischen Jugend. Sammelt Euch um das Jugendkartell zum einheitlichen Kampf um unsere Rechte. Wir leiden alle die gleiche Not; wir müssen auch gemeinsam kämpfen, um diese Not und Trübsal los zu werden.

H. B.

Kämpft gegen die Ausbeuter!



Wir leiden's nicht mehr!

Im ganzen Bezirk beginnt am 5. Februar die Propaganda gegen die wirtschaftliche Not der proletarischen Jugend! — Bis zum Ende des Monats sind die gelben Propagandagetiel zu vertreiben. Oeffentliche Versammlungen müssen das Ganze unterstützen.

Jugend und Gewerkschaften!

Die wirtschaftliche Not der Jugend, die heute mehr denn je zu verzeichnen ist, zwingt dieselbe, Schutz gegen ihre Ausbeuter zu suchen. —

Die meisten Jungproletarier wissen heute noch nicht, was die freien Gewerkschaften bedeuten. Sie wissen nicht, daß diese Organisationen sind, die für die Wirtschaftsinteressen des Arbeiters kämpfen. — Wir wissen natürlich ganz genau, daß heute alle Wirtschaftskämpfe der Arbeiter von den Gewerkschaftsbureaukraten mit weniger Interesse geführt werden als vor dem Kriege — siehe Eisenbahnerstreik in Sachsen u. a. m. — Die Gewerkschaften sind eben in reformistisches Fahrwasser hineingesegelt. — — — Als der Krieg ausbrach, billigte die Gewerkschaftsbureaukratie denselben und klammerte sich, getrieben von der Bourgeoisie, immer mehr an diese. Nun lagen die Gewerkschaften völlig in den Händen des Kapitals, das Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche wurde aufgehoben, Kinderarbeit und unbeschränkte Arbeitszeit für Jugendliche eingeführt, bis endlich die Novemberrevolution 1918 kam. Jetzt wurden die Gewerkschaften erst einmal wieder munter, jetzt endlich dachten sie auch an die Jugend. Jetzt kamen Jugendschutzgesetze und der Achtstundentag für Jugendliche heraus.

Wie sieht es nun aber heute — drei Jahre nach der Revolution aus. Gilt denn heute noch der Achtstundentag für Jugendliche, heben die Lehrlingsschindereien und Ausbeutungen abgenommen? — Nein! — Vergleicht nur einmal den „Pranger der Jugendkartelle". Heute steht der 25. Ausbeuter in unserer Zeitung. — Ja, das sind die Errungenschaften der Revolution, und daran tragen die Gewerkschaftsfunktionäre einen großen Teil Schuld.

Darum hinein in die freien Gewerkschaften, hinein in die Jugendsektionen derselben. Wir als Jugend müssen stets der treibende Keil in derselben sein. Laßt aus den Jugendsektionen keine Bildungsvereine machen, wie es die rechtssozialistische „Arbeiterjugend" will. Wir müssen in ihnen Stellung nehmen für die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend. Ja, wir müssen sogar in derselben Stellung nehmen für die 10 Punkte des ADGB., für die Erfassung der Gold- und Sachwerte, gegen den Steuerkompromiß der Rechtssozialisten.

F. Lindenberg.

Pranger des Jugendkartells.

Lehrlingsschinderei. **Ausbeutung.**

Verantwortlich: Arbeitsausschuß des Kartells.

24) Tischlermeister Kitzio beschäftigt einen Lehrling. Dieser bekommt in seiner Lehre nichts als Backeisen und Schimpfworte, lernte aber nicht das Geringste. Deshalb nahm ihn der Vater aus der Lehre. Der Meister ist aber nicht gewillt, den Lehrling wegzulassen; denn er unterschreibt ganz einfach nicht das Arbeitsbuch desselben. Wenn die Mutter zu ihm geht, um dasselbe unterschreiben zu lassen, wird er sogar handgreiflich und droht, sie die Treppe hinunterzuwerfen. Er fordert vom Vater „Schadenersatz" für die Wegnahme des Lehrlings, obwohl er den Lehrling als „geistig minderwertig" hinstellt.

25) Schlossermeister Feustel wurde schon einmal erwähnt an dieser Stelle. Seine Lehrlinge kennen immer noch keinen Achtstundentag. Der Achtstundentag wird meist durch Privatangelegenheiten des Meisters übertreten.

Die unpolitische Schule

Schon einmal berichtete ich unter demselben Titel von der Oberrealschule zu Delitzsch. Damals begann man zu versuchen, dem Jugendgenossen den Weg durch die Schule zu erschweren. Ganz planmäßig setzt man diesen Versuch fort. Die Lehrerschaft fühlt sich immer noch veranlaßt, ihre politische Aber fließen zu lassen.

So schimpfte vor einiger Zeit Herr Studienrat Müller anläßlich einer Lektüre, die in der Klasse durchgenommen wird, über den Achtstundentag. Er meinte: „1918 kam man auf den Gedanken, zu sagen, der Arbeiter solle 8 Stunden arbeiten, 8 Stunden schlafen und sich 8 Stunden mit geistigen Dingen befassen. In Wirklichkeit aber arbeitet er 8 Stunden, schläft 8 Stunden, macht 2 Stunden Mittag und geht 6 Stunden in die Kneipe und versäuft sein Geld. Mit dem 8 Stunden arbeiten ist es auch nicht weit her. Man sieht es auf der Eisenbahn. Warum hat sie solches Defizit? Weil der Achtstundentag zu allgemein aufgefaßt wird. Wenn wenigstens in dieser Zeit gearbeitet würde! Aber auch das nicht einmal. Da wird dies und jenes gemacht, aber nicht die Arbeit, die verlangt wird. „Ob da im Winter eine Weiche einfriert, ist ganz gleich". So äußerte sich dieser Herr über den Achtstundentag. Die Lehrer selbst möchten in Villen wohnen und reich leben, aber dem Proletarier gönnen sie nicht einmal eine Zigarre oder ein Glas Bier. Wenn er sich das leisten kann, so hat er noch viel zu viel Geld in den Fingern, während der Herr Lehrer als Beamter immer viel zu wenig hat. Herr Studienrat Müller weiß scheinbar nicht, daß er eine Villa besitzt und im Jahre 35—40000 Mark Gehalt bezieht. — Auch die anderen „Erzieher" (Lehrer) müssen öfter über die sozialen Zustände ihre kritischen Bemerkungen fallen lassen. Sie sind meist der Ansicht, daß in der heutigen Zeit sehr viele soziale Einrichtungen bestehen und die soziale Lage ziemlich gehoben ist. Man könnte bald glauben, daß sie damit die 55-Stundenwoche auch für Lehrlinge meinen, denn was anderes findet man nicht an sozialen Einrichtungen. Oder meinen sie vielleicht die Besicherung der Kriegshinterbliebenen. Man ist doch wirklich aufs Rätselraten angewiesen, um die Begründung ihrer Behauptungen zu finden.

Am tollsten treibt es der Direktor selber. Seine Arbeit besteht darin, daß er wühlt, um die Schüler gegen den Jugendgenossen aufzureizen. Meist tut er es heimlich, aber manchmal läuft ihm die Galle über, wie er sagt, und dann äußert er sich auch frei. So auch am Freitag, dem 23. Dezember 1921. An jenem Tage gab es Ferien, und so fühlte sich der Herr veranlaßt, in der letzten Unterrichtsstunde etwas anderes zu treiben. Er hatte das „ABC des Kommunismus" mitgebracht und hielt eine Lektion. Er begann folgendermaßen: „Ich will mal heute eine Frage besprechen, mit der sich ein Schüler dieser Klasse stark beschäftigt. Ich habe mir dieses Buch gekauft. (Dabei zeigte er das „ABC des Kommunismus".) Einige Seiten weit bin ich gekommen. Aber da erfüllte mich Ekel. Gemeinheit füllt dieses Buch. Es strotzt von Gerissenheit. Da fällt natürlich jeder Arbeiter darauf rein und läßt sich verführen. Auch junge Idealisten (damit meinte er den Jugendgenossen) lassen sich von solch einem Buch verführen. Abscheulich ist so etwas." Nun folgten Angriffe auf das Buch. So zum Beispiel an einer Stelle, wo Bucharin über die Partei schreibt: „In der Partei der Arbeiter vereinigen sich die besten Proletarier, in der Partei der Kapitalisten und Landwirte die energischsten." Darauf meint der Direktor Wahle: „Also in der Partei der Arbeiter die Besten, in der Partei der Kapitalisten die Energischsten. Der Proletarier ist ja überhaupt besser als andere Menschen. Ganz gemein sind ja die Ziele der Kommunisten. Sie wollen nur die Macht haben. Nur die wenigen sollen herrschen, die anderen werden unterdrückt, und zwar schlimmer als in Deutschland vor dem Kriege. Es sind ja Verbrecher der größte Teil. Natürlich gibt es auch andre drunter, doch diese sind nur verführt." Dann kam die Stelle dran, wo Bucharin sagt: „Die Partei der Arbeiter vertritt das Interesse aller Proletarier, also der großen Massen. Die Partei der Kapitalisten das Interesse jener, also sie trachten danach, wie sie die Proletarier am besten ausbeuten können." Nun schäumte der Direktor Wahle in seiner unsachlichen Kritik und rief: „Die Partei der Kapitalisten vertritt das Interesse des gesamten Volkes, aller Deutschen. Die Kommunisten wollen den Terror." Es folgte noch eine lange Reihe solcher Aeußerungen, wobei er immer die Kapitalisten herausstrich und die Proletarier, vor allem die Kommunisten, in den Dreck zog. Seine Kritik baute sich an Unsachlichkeit auf. Als er sich endlich ausgeredet hatte, meldete sich der Jugendgenosse zum Wort. Da meinte der Herr Wahle höhnisch: Na, wir wollen auch die Gegenpartei hören." Der Jugendgenosse fing an, ihn zu widerlegen und kam auch zu dem, was Herr Wahle gesagt hatte. Er beantwortete diese Frage so, wie sie tatsächlich liegt und bestätigte das, was Bucharin darüber sagt. Da geriet der Direktor in Wut und brüllte: „Halten Sie Ihren Mund, Sie ungeschorenes, grünes Lamm Sie, das ist ja alles Lüge, was in dem Buche steht." Als Antwort erhielt er vom Jugendgenossen: „Durchaus nicht, es ist alles Wahrheit und Tatsache." „Rubig sollen Sie sein, sage ich Ihnen", befahl der Direktor, „Sie sind verführt. Es ist ein schwerer Kummer für uns Lehrer, daß Sie in den 8 Jahren, in denen Sie die Oberrealschule besuchen, nicht einmal logisch denken lernten. Eigentlich ist es nicht richtig, daß Sie hier auf der Schule sind, die von einer Gesellschaft unterstützt wird, die Sie gewaltsam stürzen wollen." Damit war Schluß des Streites, denn der Genosse bekam nicht wieder das Wort. Nun hatte der Direktor Wahle noch ein Büchlein mit, ein Büchlein mit dem Titel: „Ich weiß alles. Ein Kampfbüchlein gegen Freidenker." Dieses empfahl er nun eben so sehr, wie er das „ABC" heruntergerissen hatte.

Aus alle dem seht Ihr, Genossen, wie politisch an den Schulen vorgegangen wird. Erst wird das eine heruntergezogen, dann das andere gelobt, ein gutes Beispiel ist hier dieser Fall in Delitzsch, wo dem Jugendgenossen außerdem nahegelegt wurde, die Schule zu verlassen. Man braucht doch nur die Aeußerungen des Herrn Wahle durchzudenken. Genau wie in Schulen, so im Staatsleben. Systematisch bekämpft man alles Proletarische, sucht es zu verdrängen und statt dessen die Interessen der wenigen Kapitalisten zu vertreten, so wie jetzt im Eisenbahnerstreik. Der Achtstundentag ist eine 1918 durchgesetzte Errungenschaft des Proletariats. Dafür setzt man den Zwölfstundentag, und an Stelle des Staatsbesitzes die Stinnesierung der Eisenbahn. Das sind Zeichen der ansteigenden Macht der Reaktion. Und Genossen, dies zeigt dem Proletariat den Weg.

CH.

Mensch und Beruf

Schließlich gibt es immer wieder und in allen Dingen nur zwei Arten von Menschen: Die einen tun, was die Welt von ihnen verlangt, die andern, was ein inneres Gesetz ihnen vorschreibt. Die einen haben also die Wahl, mit Hosenknöpfen oder mit Automobilen zu handeln, Beamte oder Schriftsteller zu werden, Gott oder dem Teufel zu dienen, je nach dem Vorteil, den ihre Klugheit ihnen zeigt; die andern — haben keine Wahl.

Achtung, Gruppenvorstände!

Schickt sofort das Monatsprogramm für Februar ein, damit es im Klassenkampf veröffentlicht werden kann!

Die Januar-Fragebogen müssen bis zum 3. Februar in unserem Besitz sein. **Die Bezirksleitung der KJ.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220128-17/fragment/page=0010